

Cübeiter Wolfsbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Cübeiter Wolfsbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausstänger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schlagspaltene Zeitung oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., ausdrückliche Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282.

Dienstag, den 3. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Entscheidet Euch!

Während Spartacus tobte und lärmend verkündete, die Einberufung der Nationalversammlung bedeute den Untergang der revolutionären Errungenheiten, sieht wohl jeder vernünftig denkende Mensch ein, daß im Gegenteil die Revolution ruiniert wird, wenn es in der bisherigen Weise weitergeht. Niemand kann und wird verlangen, daß am Tage nach dem Sturze des alten Systems bereits die neue Staatsgewalt vom Fundament bis zum Dach fertig aufgerichtet dastehé. Über die Errichtung der neuen Gewalt ist das erste und dringendste Erfordernis, und vor allem erwartet jeder, daß zunächst einmal wenigstens mit dem Bau der Fundamente begonnen wird, anstatt daß man bald hier bald dort ein Stück in der Lust schwabende Staatsgewalt erblickt.

Das Fundament fehlt uns im Augenblick vollständig. Der Vollsitzungsausschuss der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte ist, das haben die letzten Tage deutlich erwiesen, kein Fundament, auf das sich eine dauerhafte Regierung fundieren läßt. Nicht nur, daß er eine rein lokale Berliner Körperschaft darstellt. Sein Zustandekommen in den ersten Revolutionstagen trug in so vielen Punkten den Stempel des provisorischen, des reinen Notbehelfs, daß seine Autorität selbst für Berlin außerst zweifelhaft ist. Die Versammlung der Soldatenräte in voriger Woche war in ihrer großen Mehrheit der Politik des Vollsitzungsrates etwas gegnerisch gesinnt. Dabei ist der Vollsitzungsrat angeblich der Vertrauensauschuss der Soldatenräte und Arbeiterräte. Aber auch die Versammlung der Soldatenräte zeigte ebenso wie die der Arbeiterräte, die am Tage zuvor getagt hatte, daß auch sie nicht imstande ist, das Fundament der Staatsgewalt zu bilden. Schon die rein technische Verhandlungsfähigkeit dieser Körperschaften war vor unter ungänglichen Schwierigkeiten zu erzielen. Es zeigte sich weiter, daß die Mandate zahlreicher Delegierter aus durchaus zweifelhaften Böden standen. Keine Kontrolle war gegeben, daß jeder Delegierte auch nur annähernd die gleiche Zahl Wähler vertrat, daß seine Wahl in ordnungsmäßiger Weise zustande gekommen war.

Nun ist klar, daß man, solange nichts Besseres da ist, mit dem Vorhandenen arbeiten muß. Aber ebenso sicher ist das Bessere des Guten Feind. Es kann gar kein Gedanke daran sein, die unvollkommenen Gehilfe, die als erster Notbehelf für die neue Ordnung geschaffen werden mußten, noch am Leben zu erhalten, wenn schon der Erfolg durch etwas Vollkommenes möglich ist. Ebenso wenig, wie wir es jemals gebilligt haben, daß dem Proletariat von Schmeichlern Tugenden angedichtet wurden, die es nicht besaß, ebenso wenig können wir es gut heißen, wenn mit den Arbeiter- und Soldatenräten ein unverdienter Kult getrieben wird. Zum Teil ziehen sie sich zusammen aus bewährten und vertrauenswürdigen Parteifunktionären, zum Teil aber auch aus politisch ungeschulten Persönlichkeiten. Vielsag sind auch Genossen darunter, die sicher in der Bewegung gute Dienste geleistet haben, aber bei der Auswahl von Kandidaten zum Parlament niemals in Frage gekommen wären. Jetzt stehen sie auf verantwortungsvollen Posten, weil sie im engeren Kreise ihrer Werkstatt oder in ihrer Kompanie durch ihre politische Schulung immerhin überragenden Einfluß hatten. Also eine zweite Parlamentsgarnitur, verschlechtert durch zahlreiche ungeschulte Kräfte.

Das muß einmal ruhig und offen gesagt werden, weil es jetzt mehr denn je darauf ankommt, daß die entscheidenden Körperschaften auf ein möglichst hohes Niveau gebracht werden. Wir brauchen ein gut verhandlungsfähiges, dauernd tagendes Parlament, anstatt schwerfällige Räteversammlungen, das sicher die Regierung trägt und mit Energie die neue Staatsautorität durchsetzt.

Aus diesen Tatsachen hat der sozialdemokratische Parteiausschuß mit erfreulicher Bestimmtheit die Konsequenz gezogen. Er läßt sich nicht mehr auf das Hinausschieben und Wagesamtoptieren der Nationalversammlung ein, sondern fordert ihre schnellste Einberufung. (Der Tag ist bereits festgesetzt.)

Die Situation ist so, daß sie jeden zwingt, sich nunmehr zu entscheiden. Mit Redensarten wie: wir wollen die Nationalversammlung, aber erst später, läßt sie die Masse nicht mehr abheben.

Es heißt jetzt Freund oder Feind, für oder gegen. Wollt Ihr die Revolution durch Schaffung einer Zentralgewalt, die imstande ist, wirklich zu regieren, retten und am Leben erhalten, oder wollt Ihr sie in den Strand der völligen Auflösung und Zerfahrenheit hinabstürzen.

So stehen jetzt die Dinge. Ein Drittes gibt es nicht. Die schwankenden Gestalten sollen die Situation, der Masse nicht erkennen. Die Masse ist ungebunden, und verlangt, daß endlich etwas Energisches gegen den lauernden Spartakuswindel geschieht. Die Sozialdemokratie jedenfalls ist entschlossen, diesem Verlangen Rechnung zu tragen.

niedergelegt sind und am ersten Tage der Revolution verkündet wurden: Männer und Frauen vom 20. Jahre an werden zur Urne schreiten können. Das bedeutet ein Aufgebot von fast 40 Millionen erwachsenen Personen. Das deutsche Volk erhält damit die Möglichkeit der Selbstbestimmung seines Geschickes auf Grund des freisten Wahlrechts der Welt.

Gegen die jetzige Einberufung der Nationalversammlung wendet sich die Parteileitung der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands in folgendem Aufruf:

Von der konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn feststeht, daß die Bevölkerung der auf Grund des Waffenstillstandes befreiten Gebiete frei und unbeeinflußt wählen kann. Über wird jemand wagen, die Wahlrecht zu entziehen? Es dürfen bei einem solch wichtigen Alte nicht infolge von Überfürzung Wahlberechtigte unregistriert bleiben. Die Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrunde liegenden politischen Fragen aufgeklärt werden. Die Scharfmacher im Lande wissen sehr gut, daß die Wahl, wenn sie nicht zur Komödie gemacht werden soll, nicht in fürzester Zeit vorgenommen werden kann. Die Rechtssozialisten sind mit Schuld an diesen Verbrechen der Scharfmacher, wenn sie in das Gescheh der Arbeitersfeinde (nach einer sofortigen Konstituante)

Die Wahlordnung bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes berechtigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist erstens wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, zweitens wer kraft rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrecht ermangelt. Armenunterstützung und Konkurs sind nicht mehr Gründe für den Verlust des Wahlrechts. Voraussetzung der Berechtigung zum Wählen ist einjährige Reichsangehörigkeit. Auf durchschnittlich 150 000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, entfällt ein Abgeordneter. Ein Überschuss von mindestens 75 000 Einwohnern im Wahlbezirk wird den vollen 150 000 gleichgelegt. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens hundert Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmen bis zu einem bestimmten Termin beim Wahlvorsteher angemeldet werden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückerommen werden. Zur Prüfung der Wahlvorschläge und der Verbindung der Listen wird in jedem Wahlkreis ein Wahlausschuss aus einem Vorständen und vier Beisitzern gebildet, der mit Stimmenmehrheit entscheidet.

Nachstehend bringen wir die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Abgeordneten.

	Einwohnerzahl nach der Volkszähl. v. 1. Dez. 1910	Wahlkreis	Zahl der wählenden Abgeordneten
1. Die Provinz Ostpreußen	2 074 175	14	
2. Die Provinz Westpreußen	1 703 474	11	
3. Die Stadt Berlin	2 071 257	14	
4. Die Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbereich Potsdam gehören	1 544 851	10	
5. Der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbereich Potsdam gehört	1 814 576	9	
6. Der Regierungsbereich Frankfurt a. d. O.	1 233 189	8	
7. Die Provinz Brandenburg	1 716 921	11	
8. Die Provinz Polen	2 099 831	14	
9. Der Regierungsbereich Breslau	1 841 298	12	
10. Der Regierungsbereich Oppeln	2 207 981	15	
11. Der Regierungsbereich Biegnitz	1 179 583	8	
12. Der Regierungsbereich Magdeburg und Anhalt	1 580 118	11	
13. Der Regierungsbereich Merseburg	1 309 510	9	
14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Lübeck	1 662 304	11	
15. Die Regierungsbereiche Aachen und Oldenburg sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck	1 041 810	7	
16. Die Regierungsbereiche Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig	2 356 856	16	
17. Die Regierungsbereiche Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Grafschaft Schaumburg sowie beide Lippe	1 971 486	13	
18. Der Regierungsbereich Arnsberg	2 399 849	16	
19. Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmallenberg, ferner der Kreis Wetzlar vom Reg.-Bereich Koblenz sowie Waldeck	2 251 629	15	
20. Die Reg.-Bereich Koblenz und Trier ohne den Kreis Wetzlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	1 940 317	13	
21. Die Reg.-Bereich Koblenz und Trier ohne den Kreis Wetzlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	1 750 819	12	
22. Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5, soweit sie zum Regierungsbereich Düsseldorf gehören	1 820 598	12	
23. Die Reichstagswahlkreise 6—12 des Regierungsbereichs Düsseldorf	1 597 790	11	
24. Die Regierungsbereiche Oberbayern und Schwaben	2 821 918	15	
25. Die Regierungsbereiche Niederbayern und Oberpfalz	1 824 615	9	
26. Die Regierungsbereiche Ober-, Mittel- und Unterfranken	2 303 678	15	
27. Der Regierungsbereich Pfalz	957 065	6	
28. Die sächsischen Reichstagswahlkreise 1—9	1 771 117	12	
29. Die sächs. Reichstagswahlkreise 10—14	1 165 830	8	
30. Die sächs. Reichstagswahlkreise 15—23	1 670 214	12	
31. Der Regierungsbezirk und der Vogtei	1 297 588	9	
32. Der Schwarzwaldkreis und der Donaukreis sowie der Reg.-Bereich Sigmaringen	1 211 047	8	
33. Baden	2 182 888	14	
34. Hessen	1 282 051	9	
35. Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Elsass	862 999	6	
36. Die thüringischen Staaten, Sachsen-Weimar, Sachsen-Weiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, die beiden Schwarzburgs und die beiden Reuß sowie der Reg.-Bereich Erfurt und der Kreis Schmalkalden	3 180 693	14	
37. Hamburg, Bremen und der Reg.-Bereich Südbayern	1 248 545	12	

Ein Delegiertentag der Frontsoldaten

trat in B d. Ems. Es waren 300 Delegierte anwesend, die 220 Divisionen vertreten, darunter zahlreiche Offiziere. Reichstagsabgeordneter Giebel sprach als Vertreter der Obersteuerdirektion. Er führte u. a. aus, die A. und S. Nähe der Heimat hätten in Verbindung mit der Regierung eine ungeheure Arbeit geleistet, weil nach dem Zusammenbruch der alten Autorität in kurzer Zeit eine neue Machtmittel geschaffen werden mußten. Leider konnte von der Gruppe nicht wie vom Reichstag gefordert werden, daß sie die Ordnung und Disziplin aufrecht erhalten habe. Im Gegenteil habe die Gruppe sich versteckt und leichtmässig gemacht! Wir wollen eine Demokratie und Vollsherrschaft wiederaufwirken, daß auch das Frontheer das Erfolgsrechts, nämlich das Wahlrecht für die Nationalversammlung erhält. In allen deutschen Freistaaten sei der Willen vorhanden, die Einheit des Reiches aufrechtzuerhalten. Dagegen dürfte man die von kapitalistischer Seite angestrebte Trennung des Rheinlandes und einen eventuellen Anschluß an Frankreich nicht unterstützen.

Als erster Redner der Frontsoldaten spricht der Vertreter der 7. Kavallerie-Division: Die Truppen, die wir hinter uns haben, sind gegen die Minderheit, wenn diese versuchen sollte, die heilige Regierung zu stürzen. Ein Vertreter der Kavallerie: Wir alle wollen laut aussprechen, daß wir uns niemals dazu gebrauchen lassen werden, den Wünschen der Gegenseitigkeit zu dienen. Ein Vertreter der Artillerie: Ich möchte fragen, ist die jetzige Regierung überhaupt in der Lage, einen Präliminarfrieden abzuschließen, ist sie in der Lage, bis Zusammentreffen der Nationalversammlung im Februar zu tun? Meines Erachtens können wir nicht warten bis Februar. Wir haben keine Lust, uns der Diktatur der Spartakusgruppe zu unterwerfen, aber wir wollen auch offen sprechen, daß die jetzige Regierung nichts Ausderes ist als eine Diktatur.

In der Nachmittagssitzung gab Volksbeauftragter Barth ein Bild über die allgemeine Lage. Er betonte, in Deutschland sei es bedeutend wichtiger als wir wissen. Gegen einzelne Offiziere, die kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge hatten, müßte energisch vorgegangen werden. So gegen den General Eberhard. Die Lage unserer Truppen im Osten sei trostlos, doch würde alles geschehen, um ihnen zu helfen. Am besten gehe es der Armee Madsenens. Weiter lädt sich Redner über die Erziehungsverhältnisse und Rüststoffe aus und erklärt, wie sie unter diesen Umständen gezwungen, alles anzunehmen, was von der Entente dictiert werde.

Molkenbuhr legte das Verhältnis zwischen dem Vollsitzungsausschuss und der Regierung dar. Der Antrag wurde angenommen, daß die Delegierten der Frontsoldaten fünf Männer als ständige Mitglieder an den Berliner Vollsitzungsausschuss abenden sollen. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, in der es heißt:

Wir in B d. Ems verjammelten Delegierten des Feldheeres sind gewillt, die Errungenheiten der Republik gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen von welcher Seite sie auch kommen mögen. Für den Neubau ist die politische Demokratie, aber auch, um die Folgen der Verwüstungen des Krieges aufheilen, eine soziale wie Sozialisierung der dafür reisenden Betriebe notwendig. Um so mehr bestätigt der Vertreter des Feldheeres die Streits in lebenswichtigen Industrien.

Wir, die wir in jahrelangen Kämpfen unter General eingefangen haben, appellieren an die Einsicht und Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den Widerstand durch Arbeitsverweigerung nicht zu gefährden. Der Vertreter

tat ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine genügend starke Regierung gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme muß für alle wahlberechtigte Angehörigen des Heeres gehandelt sein. Der Vertreter hat Vertrauen in die Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einzusetzen wird, und stellt sich deshalb im Namen des Feldheeres entschlossen hinter sie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstag und Regierung. KTB Freiburg, 2. Dezember. Reichstagspräsident Schleicher ergiebt vom Reichstagsbureau heute für das neue Jahr den folgenden Sachverhalt.

Die Reichsregierung versucht, Sie zu beauftragen, am 1. Dezember 1918 da die Herren Reichstagsabgeordneten nur Däten auszahlen zu wollen, die im Falle einer erfolglosen Reichstagsauflösung beschafft werden müssten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Belehrung der Eisenbahnfahrtkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen.

Ebert. Haase.

Darauf telegraphierte der Reichstagspräsident an die Reichsregierung und das Reichstagsbüro folgendes:

An die Reichsleitung, Berlin.
Paul telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbüro angewiesen, am 1. Dezember 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur die Däten auszubezahlen, die im Falle einer erfolglosen Reichstagsauflösung bezahlt werden müssten, sowie die Belehrung der Eisenbahnfahrtkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gelehrt. Freie Eisenbahnfahrt ist durch Gesetz vom 28. Juni 1918 für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, gewährleistet. Die Auszahlung der Dezember-Dätenrate darf nicht abhängig gemacht werden von der Fälligkeit der Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht ausgelöst. Ich protestiere, wenn es des Reichstages gegen diese Geschwindigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbüro mit Umgehung des Präsidenten Weisungen zugehen zu lassen. Ich habe dem Bureau verboten, der jetzigen Verfügung nachzukommen.

Fehrenbach, Reichstagspräsident.
Reichstagsbüro, Berlin.

Die Verfügung der Reichsregierung bezüglich der Däten und Kreisfahrten ist, solange der Reichstag nicht ausgelöst worden ist, gelehrt. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Präsidenten Ihnen direkte Weisungen zuzumuten zu lassen. Ich habe gegen diese Geschwindigkeiten protestiert.

Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Keine deutsche Funkstation in den Händen einer besonderen politischen Gruppe.

RFB, Berlin, 2. Dezember. Da trotz der bisherigen Rechtfertigung bezüglich der angeblichen Beschlagnahme der Funkstationen durch die Unabhängigen oder durch die Spartacusgruppe in der Offenheit eine tiefe Beunruhigung besteht, die geeignet erscheint, große wirtschaftliche und politische Werte zu gefährden, stellen wir noch einmal mit aller Deutlichkeit fest, keine deutsche Funkstation befindet sich in den Händen irgend einer besonderen politischen Gruppe; alle sind nach wie vor im Betrieb der Männer, die ihre technische Verwaltung auch schon während des Krieges inne hatten.

Ebenfalls ist das Gerücht unwahr, Amerika habe wegen des Überganges unserer Funkstationen in die Hände einer bestimmten politischen Richtung den funktetelegraphischen Verkehr mit uns abgeschnitten. Dieser Verkehr besteht nach wie vor. Die organisatorische Ausgestaltung des Funkdienstes, die schnellstens zu Ende geführt werden soll, wird den Beweis erbringen, daß dieses wichtige Instrument im Verkehr mit dem Ausland der Reichsregierung vollständig zur Verfügung steht. Bis dahin behält die Zentralfunkleitung die Führung des Dienstbetriebes ihrer Funkstationen und der angegliederten Dienststellen.

Berlin, 2. Dezember. Ebert. Haase.

Heeresleitung und Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Oberste Heeresleitung hat die Generalkommandos angeordnet, Konflikte mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu vermeiden, in die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung als Repräsentanten des Volkswillens zu betrachten seien. Die Reichsregierung ist erachtet, die Arbeiter- und Soldatenräte anzusehen, den militärischen Anforderungen der Kommandobehörden des Feldheeres für die Rückführung der Truppen nachzukommen und sich jedes eigenmächtigen Eingriffs zu enthalten. Andererseits dürfen auch Kommandobehörden und Truppen nicht in die Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte eingreifen. Gegen rote Fahnen und Abzeichen soll, wenn sie in würdiger Form gezeigt und der Truppen etwa in Gestalt von Blumen zur Begegnung vorgebracht werden, ebenso wenig Anstoß genommen werden, wie diese von den Arbeiter- und Soldatenräten und vor der Bedrohung hinreichlich anderer Abzeichen und Flaggen erwartet werden müssen.

Zur Trennung von Kirche und Staat.

Kultusminister Hänsel erklärte einem Vertreter der „P. S. R.“, es könnte gar nichts Schwierigeres passieren, als unter den heutigen Umständen, wo die Schwierigkeiten für das Reich sich häufen, einen Kultuskampf zu entfesseln. Bei der Trennung von Kirche und Staat handelt es sich nicht um ausschließlich eine Gelegenheit des preußischen Ministeriums für Kultus und Unterhalt, sondern um eine gesamtdeutsche und gesamtstädtische Frage, deren Lösung nur vom preußischen Kultusminister als Garantie angeboten werden kann. Ich erhalte täglich eine Unzahl von Entschreiber, die im Namen von Millionen Katholiken und Protestantinnen gegen eine Trennung von Kirche und Staat abtreten. In der Tat wäre eine solche Trennung eine politische Unmöglichkeit ersten Ranges, welche nur der Entente gelingt, die Wahlen liefern würde. Nicht nur Rheinland und Bojen, auch Westfalen bis Münster wird mit dem Vorsatz einer antikatholischen Diktatur bearbeitet. Ich erkläre Ihnen hiermit formell, daß ich mein Verbleiben im Amt davon abhängig mache, daß die Trennung von Kirche und Staat als eine geja auf deutscher Frage bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in der Schwebe bleibt, wenn auch natürlich Vorarbeiten geleistet werden können. Unsere neue Regierung hat mit soviel Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie jeden überflüssigen Eingriff in das Leben einzeln verhindern muß.

Ein Monarchist über Wilhelm den Letzten.

Im „Tag“ unterzeichnet Dr. Steiniger der „monarchischen Gedanken“ neu zu beleben. Aber auch er kann diesen Verstand nicht unterstützen, indem er den letzten der Hohenzollern rücksichtlos preisgibt. Er schreibt:

Kein Wort der Kritik ist für diesen Abgang des Kaisers zu verbergen. Sein Vergehen war unvorstellbar, unholzsichtig, unmoralisch und geeignet der Dynastie und dem monarchischen Gedanken des Fortbestands zu verleidet. Kein Monarch hat das Recht so zu handeln. Keiner darf wie ein Schafott aus seinem Thron davon laufen, keiner seine Soldaten und Beamten agira. Beispiele der höchsten Seelen- und Gewissenspein anzusehen, keiner das Staatsziel führerlos in eine wilde Unordnung hinzuschaffen — um wenigen in den idyllischen Stränden eines Weltmeeres. Wer eine tausendjährige Vergangenheit, reich an schönen Erfolgen und Errungen, zu vertreten hat, wie der letzte Hohenzoller, beginnt mit betrügerischen Verhandlungen gegen seine Dynastie und sein Volk. Glaubte er, daß jenseit seiner Truppen nicht mehr halten zu können, so hat die Front genugend Gelegenheit, durch ein zähhaftes Ende der Dynastie und dem monarchischen Gedanken dieser Stütze und neuen Hoffnung zu verlieren. Das sollte der Polk bezirkt, seine Vorsorge für andere Menschen ein unvergessliches Beispiel liefern mögen.

Nach solchen Erfahrungen mit den Monarchen werden die Versuche, den „monarchischen Gedanken“ in Deutschland neu zu beleben, wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die Monarchen haben allen Credit verloren, mit ihnen aber die Monarchien, die das Volk mit Geschichten von „Striedenstaifer“ und „Heldenstaifer“ beglücken haben.

Wie die „Times“ schreibt, hat die amerikanische Regierung 32 ehemalige deutsche Handelschiffe gemietet, die Fahrzeuge mittel nach Deutschland überbringen werden. Die Versorgung wird nach einer Mitteilung Lantings aber erst dann beginnen, wenn in Deutschland alle Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben.

Unter den tschechoslowakischen Truppen ist, wie aus Budapest gemeldet wird, der Bolschewismus ausgebrochen. Sie haben alle Offiziere davon gejagt, die Macht an sich gerissen und plünderten die Städte. Der tschechoslowakische Nationalrat, der sich in der Stadt Preßburg befindet, schwimmt in Lebensgefahr.

England.

Lloyd George und der Friede. Lloyd George sagte in einer Rede in Newcastle, daß der Frieden, welcher auf der nächsten Konferenz geschlossen werde, ein streng billiger Friede sein müsse. Man werde den Deutschen nie wieder Gelegenheit geben, das Land zu vertraten, welches ihnen ein Donat verhaftet hatte. Zur Frage der Entschädigung sagte er, es sei immer Grundgesetz gewesen, daß der Verlierer zu bezahlen habe und von diesem Grundgesetz müssen wir auch hinsichtlich Deutschlands ausgehen, welches bis zur Grenze seines Königs die Kosten des Krieges beglichen müsse. Lloyd George sagte weiter: Man darf jedoch Deutschland die Entschädigung nicht dadurch zahlen lassen, daß man es zuläßt, England mit billigen Waren vollzustopfen. Wir haben eine große Kommission, in der alle Nuancen der öffentlichen Meinung vertreten sind, zur Untersuchung der Frage, wozu Deutschland noch imstande ist. Die Billigkeit der Forderung ist nicht zweifelhaft, Frankreich dient dabei außer an seine Kriegskosten an den enormen Schaden, der französischen Städten und Dörfern zugefügt worden ist. Ich wünsche keine nachlässige Politik zu führen, aber wir müssen nun so handeln, daß Männer, welche in Zukunft Lust haben, dem Beispiel von Herrschern zu folgen, die Welt in diesen Krieg gestürzt haben, genau wissen, was sie am Ende zu erwarten haben. Die U-Boot-Piraten müssen bestraft werden, wer fremdes Land verwüstet, muß dafür büßen.

Amerika.

Wilson über Elsaß-Lothringen. Unföhllich einer zu Ehren des Einzuges in Straßburg vom französischen Botschafter in Washington gegebenen Soiree sagte Wilson: Die Frage Elsaß-Lothringens war für mich immer eine sehr wichtige. Ich erinnere mich des starken Eindrucks, den die Lastreibung Elsaß-Lothringens von Frankreich auf mich machte, trotzdem ich damals noch ein Kind war. Heute empfinde ich große Freude bei dem Gedanken, daß eines der wichtigsten Ergebnisse des Dramas, das zu Ende geht und an dem auch ich teilnehmen mußte, in der Rückerstattung der beiden Provinzen an Frankreich bestehen wird.

Das freie Wahlrecht ist das Zeitalter
in dem wir stehen. Nun wahan! Nicht predigen wir doch den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann! Auch die organisierte Lübecker Arbeiterschaft hat diese Worte oft gehört, und Jahrzehntelang unermüdlich dafür gewirkt, daß hier im Lübeck das Zeichen des freien Wahlrechts aufgerichtet würde. Über die Widerstände, die dem entgegenstanden, waren Karte und Schwer zu brechen. Die beständigen Klassen hatten immer das Recht, das Wahlrecht zu unserem Parlament so zu gestalten, daß die Herrschaft nicht erschüttert werden könnte. Aus dem Wahlrecht wurde aus solche Weise ein Vorrecht für einen kleinen Teil der Bevölkerung und ein Untreht für die große Mehrheit der Lübecker Einwohnerheit.

Als dann der Krieg kam und die Sozialdemokratie immer wieder auf eine Befestigung des bestehenden Unrechtes drängte, erklärte man sich schließlich zu einer Wahlreform bereit, möglichst sich herausgestellt hatte, daß namentlich auch das sozialdemokratische Dreiklassenwahlrecht nicht mehr haltbar sei. Über gegen die volle Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen sträubte man sich noch wie vor. Man suchte immer nach Mitteln, durch welche man sich den Besitz der Macht sichern konnte. Erst die Revolution mußte allen diesen Versuchen ein Ende bereiten und die Bahn frei machen für das gleiche Recht für jedermann.

Während man bisher im Schneltempo gearbeitet hatte, ging es jetzt plötzlich ganz flott. In wenigen Wochen haben Senat, Bürgerausschuß und endlich auch die Bürgerschaft die Wahlreform im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms erledigt, marcus sich ergibt, daß die Schwierigkeiten früher wohl hauptsächlich darin gelegen haben, das Wahlrecht möglichst allen Bürgern und Mandatsträgern der verschiedenen Schichten des Bürgertums anzupassen.

Die gesetzliche Versammlung der Bürgerschaft beschloß mit großer Mehrheit auf Antrag des Senates, allen 20-jährigen Angehörigen des Lübecker Staates ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht zur Bürgerschaft zu geben. Gewählt werden können alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen über 25 Jahre. Die Mitglieder der Bürgerschaft, deren Zahl von 120 auf 80 herabgesetzt wird, werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Im Februar 1919 findet die Neuwahl der gesetzlichen Bürgerschaft statt, die am ersten Montag im März ihre Tätigkeit beginnt. Von den neuen Mitgliedern scheiden vierzig im November 1921 aus der Bürgerschaft aus. Das Auscheiden richtet sich nach dem Ergebnis der Verhältniswahl. Die übrigen vierzig und die Erstwähler scheiden im November 1923 aus.

In der Debatte, die nicht sehr lebhaft war, betonte Genossen Stelling den sozialdemokratischen Standpunkt und trat Dr. Wittekind entgegen, der eine Sammelrede an alle Parteien hielt und sehr unhaltbare Behauptungen über Deutschlands Zusammenbruch und das geplante Wahlrecht anstelle. Ein von ihm gestellter Antrag auf Kommissionsberatung wurde verzweifelterweise abgelehnt. Schließlich gelangte die ganze Senatsvorlage, mit den von den Sozialdemokraten beantragten Änderungen zur Annahme. Am Montag findet die zweite Sitzung und damit die endgültige Verabsiedlung statt.

In wenigen Wochen haben somit die Neuwahlen zur Bürgerschaft stattgefunden. In der nächsten Woche wird sich der Sozialdemokratische Verein mit der Aufstellung der Kandidaten und der zu bewältigenden Wahlarbeit zu beschäftigen haben.

Da gilt es nun dringend für Aufklärung zu sorgen. Insbesondere muß die Aufklärungsarbeit bei den jüngeren Personen und den Frauen erzielen, die bisher von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen waren und aus diesem Grunde vielleicht noch im-

Ein Ultimatum Fochs.

Generalissimus Foch hat Sonntagnachmittag ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum an die deutsche Regierung gestellt, in welchem er die Auslieferung der schwäbischen, bayerischen und oberpfälzischen Truppen verlangt. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der dahin geht, daß an die Franzosen sämtliche in Reparate benötigten Lokomotiven ausgeliefert werden, was aber nicht vor dem 1. Februar der Fall sein kann. Dieser Vermittlungsversuch ist ausgeleitet an die Bedingung geknüpft, daß die Franzosen die von ihnen in Nordfrankreich und Belgien übernommenen Lokomotiven zahlmäßig angeben und einschätzen. Foch hat ferner eine absolute Grenzwelle über Elsaß-Lothringen einschließlich der preußischen Gebiete Saarbrücken und Saarlouis verhängt.

Wie die „Kölner Zeitung“ aus Bonn erfährt, hat Foch sein Einverständnis mit dem von Staatssekretär Erzberger gemachten Vermittlungsvorschlag erklärt.

Zu Eisners Politik.

Die Vereinigten Gewerkschaften Nürnberg und der Sozialdemokratische Verein Nürnberg-Wilhelms protestierten in einer öffentlichen Kundgebung gegen die Gründöge, welche die Regierung Eisner für die Wahl zur provisorischen bayerischen Nationalversammlung aufgestellt hat. Vor allem erheben sie entschiedenen Widerpruch gegen die beabsichtigte Bestimmung, daß den Arbeitern und Soldaten verboten sein soll, Partei- oder Gewerkschaftsbeamte zu wählen. Es sei durchaus unzulässige Bevormundung der Arbeiterschaft, wenn ihr vorgeschlagen werden sollte, wen sie wählen dürfe.

Prof. Förster und die bayerischen Verkehrsbeamten haben sich gleichfalls gegen das Eisner'sche Vorgehen ausgesprochen.

Im bayerischen Landessabienrat verlas Eisner eine Erklärung, nach der sich der Ministerrat einstimmig auf eine Kundgebung geeinigt hat. Diese wendet sich gegen jede Lösung vom Reiche und spricht sich für die Schaffung eines überparteilichen Staatswesens unter der Mitarbeit der breiten Massen des Volkes aus. Sie bittet die Entente, das deutsche Volk durch die Sicherung zu beruhigen, daß sie nicht beabsichtige, Deutschland aufzulösen, weitere deutsche Gebiete zu besetzen und die Feindseligkeiten wieder zu beginnen. Die Regierung versichert, daß die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernriebe keine terroristischen Organisationen sind, sondern demokratische Körperschaften der öffentlichen Kontrolle und Sicherheit. Die Volksregierung Bayerns werde ihr Versprechen erfüllen, eine Nationalversammlung sobald wie möglich einzuberufen.

Gegenrevolutionäre Ausschreitungen in Kreuznach.

Im Stadthaus in Kreuznach war neben Nationalfahnen auch eine rote Fahne angebracht. Sie wurde auf Befehl eines Offiziers heruntergeholt und verbaut. Nachdem sie durch eine neue ersetzt war, kamen einige junge Unteroffiziere, mit Revolver bewaffnet, auf das Bureau des Arbeiters- und Soldatenrates und machten der Leitung den Vorwurf, daß die mangelfahe Ernährung der Truppe die Schuld des Arbeiters- und Soldatenrates sei. Sie verlangten die Entfernung der roten Fahne. Ohne die ihnen angebotene Unterredung mit dem Ortskommandanten abzuwarten, bahnten sich Leute gewaltsam unter Drohungen mit Waffengebrauch den Weg zu dem verschlossenen Raum, erbrachen ihn und entfernten die Fahne unter lautem Beifall des den sogenannten bessersten Ständen angehörenden Publikums. Alsdann hielt ein berittener Hauptmann eine patriotische Ansprache und brachte ein dreifaches Hurra auf „Seine Majestät“ aus, in welches die Menge trüffel einstimmt. Nunmehr erschien die bewaffnete Bürgerwehr, um auch den übrigen Fahnensturm des Rathauses zu entfernen. Das Publikum nahm dagegen eine drohende Haltung ein. Die Abordnung bat darauf in diesem trüffeligen Augenblick den Arbeiters- und Soldatenrat mit Rücksicht auf den Ruf und Ehrenwertes Kreuznachs, man möge nachgeben, um weitere Ausschreitungen und Blutvergießen zu verhindern. Aus diesem Grunde entsprach der Arbeiters- und Soldatenrat der Bitte und beschloß von dem weiteten Hissen der roten Fahne vorläufig Abstand zu nehmen. Wie festgestellt wurde, sind diese Ausschreitungen auf Veranlassung von Offizieren durch radikalistische jugendliche Militärs hervorgerufen worden. Sie können nicht als Stimungsanschlag der durchziehenden Fronttruppen betrachtet werden. Die hierzu abgehalteren Polizei- und Soldatenverbände bewiesen deutlich, daß eine große Masse des Militärs und der Bürgerheit auf demokratischem Boden steht.

kleine politische Nachrichten.

Staatssekretär Wurmb ist zum preußischen Staatskommissar für Volksernährung bestellt worden.

In Köln sind am Dienstag die ersten englischen Quartiermächer angekommen. — Die französischen Besatzungsstruppen sind am Montag in der südlichen und westlichen Pfalz eingetroffen. Der drohliche und der Postverkehr mit der Pfalz ist unterbrochen.

In Aachen haben die Franzosen Kontribution erhoben und Griechen stellen lassen. Das ist gegen die ausdrücklichen Abmachungen der Waffenstillstandscommission.

Im Verlaufe der letzten Kämpfe sind in Lemberg 50 Banditen standrechtlich erschossen worden.

Der russische Volkskommissar Radetski erklärte, daß die Entente im Süden Russlands nicht vor Frühjahr eingreifen könne, und daß er hoffe, bis dahin Deutschland zum Bundesgenossen geworden zu haben.

Der Arbeiters- und Soldatenrat in Gotha hat seinen bisherigen Vorsitzenden, den Spartakus-Mann Geißkher, seines Amtes entthoben. Die Mehrheit war der Überzeugung, daß die Diktatur lange genug auf dem deutschen Volke gedauert habe. Auch Gotha ist aus dem Arbeiters- und Soldatenrat ausgeschieden.

Der lippische Volks- und Soldatenrat hat den bisherigen Leitung angefochten und die Neuwahlen angeordnet.

Der Kommandeur der belgischen Besatzung von Jülich ordnete an, daß die Bevölkerung die belgischen Offiziere durch Nutzniehmen zu grüßen und dabei den Bürgerkrieg zu verhindern hat.

Nach der „Morning Post“ sind zwischen den Alliierten Besoldungen eingetragen, die Neuanträge militärischer Art gegen den deutschen Bolschewismus betrifft. Solche

befreit sind. Sie müssen über die Ziele des Sozialismus gründlich aufgeklärt werden.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen in dem wir siegen. Nun wählen!

Auf zur Agitation für die Bürgerschaftswahlen!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten

Dienstag, 3. Dezember.

Die Lübecker Bürgerschaft hatte sich gestern mit einer Reihe wichtiger Vorlagen zu beschäftigen. Den hauptsächlichsten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Wohlfahrt, auf die wir an anderer Stelle eingehen. Auf Antrag Stellina wurde eine Erhöhung der Unterstützungen für die Kriegerfamilien beschlossen, die eine recht erhebliche Summe erfordert. Dem Soldatenrat wurden noch einigen von bürgerlicher Seite gedankten Beiträgen 89.000 M. dem Bürgerrat 15.000 M. bewilligt.

Eine kurze Aussprache zeitigte der Erfolg eines Gesetzes betr. Verwaltung des Stadttheaters und der Stadthalle. Genoss Löwiot wünscht dabei eine andere Regelung des städtischen Theaterbetriebes, durch die das Stadttheater ein wirkliches Kulturtheater werde. Dagegenüber befürte Senator Dr. Vermeulen die höheren Kosten. Entgegen der Stellung des Senats beschloss die Bürgerschaft die Vermehrung der bürgerlichen Gewerken bei der Theaterdehörde von 5 auf 7. Die übrigen Anträge des Senats wurden ohne wesentliche Debatte unverändert angenommen.

Die bürgerlichen Parteien werden immer rüdiger. Sie veröffentlichen Aufrufe und halten Versammlungen ab, in denen sie Propaganda treiben. Ganz verwirrend wirken ihre neuen Bezeichnungen. Die Linksliberalen nennen sich "Deutsche demokratische Partei"; deren hiesige Ortsgruppe hält heute im Marmonaal ihre konstituierende Versammlung ab. Die ostdeutsch-nationalliberalen Reaktionäre haben sich als Deutsche Volkspartei zusammengeflossen. Die Reichsverbandler gegen die Sozialdemokratie als Volkspartei! Ein Bild für den Simplizismus, als er noch nicht tiefgründig war. Die Arbeiterschaft und die wirklich freiheitlich gesinnte Bevölkerung wird gut tun, die Arbeit der bürgerlichen Parteien ausmerksam und argwöhnisch zu verfolgen. Nur die Sozialdemokratie bietet Gewähr dafür, daß der Aufbau in Deutschland auf den Ruinenfeldern, welche die bürgerliche Politik geschaffen hat, in wirklich freiheitlichem und demokratischem Sinne erfolgt. Deshalb heißt es: Hinein in den Sozialdemokratischen Verein!

Brennholz.

Zwecks Behebung des Mangels an Brennholz stellt der Auskub für Kriegshilfe das von ihm beschaffte Brennholz zum Preise von 10 M. für den 1/2 Raummeter nunmehr zum Verkauf. Berechtigt sind nur Haushaltungsvorstände mit einem Einkommen bis zu 3000 M. In Einzelversionen wird das Holz nicht abgeben. Vorzulegen ist der Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln und der Einflömmersche Zettel. Das abzugebende Holz ist ungeschnitten und unzerteilt. Der Verkauf findet im Armen-Arbeitshaus statt, vormittags von 9 bis 11½ und nachmittags von 2 bis 4½ Uhr.

Zum Abzug von Grün- und Dauerweichtöhl.

Die Reichsstelle für Gemüse- und Obst hat sich genötigt gesehen, den Abzug von Grünholz- und Dauerweichtöhl vor dem 15. Dezember 1918 zu untersagen. Diese Maßnahme hat ihren Grund darin, daß die vorzeitige Überführung dieser beiden Gemüsesorten, die nach den Rechnungen der Reichsstelle überhaupt nicht im Interesse einer sich über einen möglichst großen Zeitraum hin erstreckenden Gemüseförderung des Reiches unterhalten werden kann. Es ist auch durchaus unerlässlich, wenn durch die vorzeitige Überführung der genannten Gemüsesorten für die Gemüsetransporte bei der gegenwärtig äußerst starken Belastung der Eisenbahnen noch mehr häufen, als es die reiche Ernte an den sonstigen Gemüsesorten mit sich bringt.

Die Kriegsbeschädigten in den militärischen Betrieben. In den militärischen Betrieben sind im Laufe des Krieges Tausende von Kriegsbeschädigten zur Beschäftigung angemommen worden. Um die Kriegsbeschädigten vor schwerem Nachteil bei etwaiger umfangreicher Einschränkung dieser Betriebe zu schützen, hat der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer Wolfgang November Verhandlungen mit der amtlichen Kriegsbeschädigten-Polizei und dem Kriegsamt gepflogen. Das Kriegsministerium hat nun an sämtliche Behörden und Betriebe der Heeresverwaltung verfügt, daß kein Schwerbehindigter mit einer Beschränkung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 Prozent bei der Demobilisierung und in der folgenden Übergangszeit von der Heeresverwaltung wegen Arbeitsmangel entlassen werden darf, ehe er nicht eine andere Stellung gefunden hat. Bietet sich für den Kriegsbeschädigten an seiner Arbeitsstelle z. B. wegen Auflösung des betreffenden Heeresbetriebes oder der Betriebsverwaltung keine Arbeitsmöglichkeit, so ist dann zu sorgen, daß er von der Heeresverwaltung auf einen anderen Arbeitsplatz beschäftigt wird. Auch die Leintkriegsbeschädigten sind nach Möglichkeit wieder zu beschäftigen.

Großer schwerer Unglücksfall, dem drei Kinder zum Opfer fielen, ereignete sich am Freitag voriger Woche in dem benachbarten Dorfe Börrade. Die Eheleute Lechke hatten sich zu Besorgungen aus der Wohnung begeben und ihre drei Kinder, zwei Knaben (Brüllinge) von 7 Jahren und eine Tochter von 4 Jahren allein gelassen. Die Kinder müssen sich nun bei dem Feuer im Ofen zu schaffen gemacht haben, wodurch das Bettzeug in Brand gesetzt ist. Infolge des starken Qualms standen die Eltern bei ihrer Rückkehr sie alle drei erstellt vor und veranlaßten sofort die Überführung in das hiesige allgemeine Krankenhaus. Leider waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Die Fortführung des Mittellandkanals betrifft folgende Entziehung, die von der Handelskammer zu Lübeck am 26. November 1918 gefaßt wurde: Die schleunige Inangriffnahme des Reststückes des Mittellandkanals ist nach Überprüfung der Handelskammer zu Lübeck eine unabsehbare Notwendigkeit. Imminente Gründe einer durchgreifenden Verbesserung in der Beförderung von industriellen und handelsmäßigen Rohstoffen und von Lebensgütern, dergleichen die Rückzug auf die besonders dringliche Entlastung des Schieneverkehrs sowie die auf lange Zeit andauernde Notwendigkeit einer großzügigen Arbeitsbeschaffung für die werktätige Bevölkerung nötigen in dieser Frage zu einer baldigen Beschlusssfassung. Für die Wahl der Linienführung muß bestimmt sein in wirtschaftlicher Hinsicht die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse des großen durchgehenden Maschener und des in nordlicher Richtung möglichen Seegüterverkehrs, in technischer Hinsicht also der Sorge des Flutzen und mit möglichst wenig Störungen belasteten Haltung des Kanals sowie ferner die unbedingt, auch einer zentralen Zukunft voll genügend. Gewährleistung der Kaiserbeisetzung in den Mittellandkanal selber und für alle in Frage kommenden wichtigen Anschlußanlässe. Dertisch begrenzt Verkehrsinteressen haben unter dem in Zukunft besonders wichtigen, schlechterdings ausdrücklich gebotenen Gesichtspunkt größter Wirtschaftlichkeit unter der Notwendigkeit der Schaffung eines dem Hauptlinienverkehr und dem Seeverkehr gleichmäßig dienenden, groß angelegten Wasserstraßenystems zurückzutreten. Unter Beobachtung dieser Grundsätze mußte die sogenannte Südlinie von vorneherein als er Wirtschaftung aus, zumal da mit ihr derzeitig räumlich begrenzten Zweck sich ohne Schwierigkeit durch ihre Anschlußanlässe der beiden erreichbar lassen. Im wesentlichen von den beiden nördlichen Linienführungen die sogenannte Nordlinie (unter Berücksichtigung der von bürgerlicher technischer Seite neuwendig hierfür vorgeschlagenen Veränderungen) oder die sogenannte Südlinie des Kanales befreit wird, eine solche den genannten Grundsätzen gebaute vorgenommene Anschlußanlage

stellung ihr künftiger Zeit ergeben können. Die Handelskammer in Lübeck erachtet — zunächst unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Schaffung baldiger ausgiebiger Arbeitsgelegenheiten — die Annahme dieser Prüfung sowie eine schnelle Entscheidung über die zweckmäßigste Vorführung des Mittellandkanals als die zuzeit dringlichste Aufgabe deutscher Volkswirtschaft.

Vollständige Naturkunde. In der letzten Versammlung des Vereins für vollständige Naturkunde in Lübeck hielt Herr Professor Dr. K. Stener einen interessanten Vortrag über: "Stoffbildung in der Tierwelt". In der Hand vorzüglicher Einzelbilder bestreicht der Vortragende zunächst die Funktionen der Einzellen, den Zellenstaat der Vertebraten, die aus einer Zelle her vorgeht und deren Zellverbund bereits eine Arbeitsteilung vorstellt, da ein Teil der Zellen für die Bewegung und Ernährung, ein anderer für die Vermehrung und Fortpflanzung sorgt. Freilebende Organismen schließen sich oft für längere oder kürzere Zeit zusammen und bilden Meute (Wölfe, Hyänen), Herden (Pferde, Kinder) oder Kolonien (viele Vögel während der Brutzeit). Das alles ist aber noch keine Staatenbildung. Diese treffen wir bei den Insekten (Bienen, Hummeln, Wespen, Termiten). Hier ist das Prinzip der Arbeitsteilung außerordentlich weit durchgesetzt. Außer den Männchen und Weibchen gibt es geschlechtslose Arbeiter und Soldaten (bei den Termiten sogar Spezialtruppen). Die Leistungen eines Insektenstaates sind beeindruckend. Die Produktivität ruft Bewunderung hervor, ebenso die eigenartige Brutpflege. Die interessantesten Ausführungen finden allgemeinen Beifall. — Herr Bünau legte zwei große frisch gefangene Großschuppen (Raniceps varius L.) von Haffkrug vor. Diese Fischart ist in der Nordsee häufig und kommt nur gelegentlich in der meistlichen Fische vor. — Der Verein hat jetzt drei Gruppen gebildet, die "Gruppe für Aquarien- und Terrarienkunde" (Herr E. Scherer, Spillerstr. 3), "Gruppe für Vogelkunde" (Prof. Dr. H. Stener, Museum am Dom), "Gruppe für Insektenkunde" (Seminarslehrer L. Benic, Sandstr. 19 II). Für diesen Winter sind bereits eine größere Anzahl von Insektenkundevorträgen angemeldet worden, u. a.: Dr. Burk: "Die Arbeit des ziehenden Wassers", Prof. Ahlmann: "Die lokale Religion des Lichtes und ihre Anwendung in optischen Instrumenten", Dr. Soltowitsch: "Das Seelenleben der Menschenaffen", Direktor Dr. Möbusz: "Der Hochseeprozeß", Prof. Dr. Sad: "Sternschnuppen und Meteore". Außerdem werden in den Gruppen noch Vorträge aus einzelnen Spezialgebieten gehalten werden.

Für kranke Krieger! Den nach Lübeck heimkehrenden Kriegern, die an Lungentuberkulose leiden, gewährt die Tuberkulosefürsorgeanstalt, Düvelsenstraße 21 (Sprechstunde Montags und Donnerstags von 6—7 Uhr nachmittags) unentgeltlich Mat und Hilfe. Geschlechtskrankheiten sollen sich so bald wie möglich in der Fürsorgeanstalt für Geschlechtskrankheiten Allgemeines Krankenhaus, Kronenstraße Allee 69-73, Zimmer 2 (Sprechstunde für Männer Dienstags von 6½ bis 7½ Uhr nachmittags), melden, wo sie gleichfalls unentgeltlich und streng vertraulich untersucht und behandelt werden. Frühere Mitglieder von Krankenkassen, die am Kriege teilgenommen haben und nicht alsbald wieder in versicherungspflichtige Beschäftigung treten, sind berüchtigt, die Kassenmitgliedschaft wieder zu erlangen, wenn sie sich innerhalb 6 Wochen nach Rückkehr in die Heimat bei ihrer früheren Krankenkasse melden. Sofortige Meldung wird angeraten.

* Entwendeter Kastenwagen. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist von einem Lagerplatz in der Wilhelmstraße ein etwa zwei Meter langer und ein Meter breiter, feldgrau getrichelter Kastenwagen ohne Deichsel.

* Pferdediebstahl. Wie bereits berichtet, sind vor einigen Tagen aus dem Stall des Hotel Unterkofel zwei Pferde, nämlich ein Fuchswallach mit Bleise, weißen Hintercesseln und Militärbrandzeichen auf dem rechten Schenkel sowie ein vierjähriger brauner Hengst gestohlen worden. Dem Vernehmen nach sollen beide Pferde am 1. des Monats gekleidet worden sein, als sie von einem Soldaten mit einem Säbel an das Dorf Poersch geritten wurden. Der Verlustosten ist für die Wiederherbeschaffung der Pferde, die sich vermutlich noch in hiesiger Gegend befinden, eine Belohnung von 300 M. aus.

Hamburg. Die Hamburger Soldatenräte gegen die Bildung einer Roten Garde. Eine Volksversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile für Hamburg, Altona und Umgebung erklärte sich Sonntag für die Nationalversammlung gegen die Bildung einer Roten Garde sowie gegen jeden Terror von rechts oder links.

Hamburg. Die "Rote Fahne" im Besitz der Unabhängigen. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie Hamburgs hatte schon vor mehreren Tagen das in den Revolutionstage gegründete Organ "Die Rote Fahne" für ihr Eigentum erklärt, woran allerdings die Spartacusgruppe, die bis dahin das Eigentumsrecht über das Blatt ausübte, sich nicht lehrte, sondern fortfuhr, es zur Verfestigung der Ideen des Weltbolschewismus zu benutzen. Ein Verkauf der Einheitsblätter, sich durch Eintragung der Firma A. Willach u. Co. in das Handelsregister und mit Hilfe von Geldmitteln, die von bürgerlicher Seite gesammelt waren, formell und tatsächlich in den Alleinherrsch der "Roten Fahne" zu lesen, hat dann, wie der Vorstand der Unabhängigen Partei mitteilt, zu dem Rotmehrt geführt, daß die Einheitsblätter ausgedrückt wurden. Die "Rote Fahne" erfordert nunmehr als Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei; sie wird von den Geistlichen Wolfgang Bartels und Paul Bergmann redigiert, von den Geistlichen Joh. Müller und Paul Dietmann geschäftlich geleitet. — Am 1. November 1918 wurde der 2. Jahrestag der Hafenarbeiter. Eine überfüllte Versammlung aller Hafenarbeiter fand Montag abend bei Sargebiet statt. Nach langen Verhandlungen, bei denen auch der Arbeiterrat mitgemischt hat, ist es zu einer Vereinbarung gekommen, der die Verfassung zugestimmt hat. Auf den Tariflohn wird eine Zulage von 9 M. gewährt, so daß der Lohn im einzelnen 13—15 M. pro Tag bei anstrengender Arbeitszeit beträgt. Überstunden, die 12½ Prozent Aufschlag erhalten, werden fünfzig mit 1,80—2,25 M. entschädigt. Auf die tariflichen Aufschläge der Hafenarbeiter kommen 65 Prozent Aufschlag. Auch die Löhne für die in den Kriegsgefechtsästen beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer sind geregelt.

Hamburg. Eine furchtbare Familienschrecke die spielte sich in der Nacht zum Sonntag im Hause Petersstraße 28 ab. Dort erschien der 26 Jahre alte Lönker Albert Martens einen ersten aus dem Felde zurückgekehrten Bruder, den 21 Jahre alten Arbeiter Otto Martens, und beschäftigte dann, mit seiner Schwägerin, der 28 Jahre alten Wilhelmine Martens, geborenen Haas, durch Gasvergiftung aus dem Leben zu gehen. Neben die Tat gestellt uns folgender Bericht zu: Am Sonntag morgen gegen 8½ Uhr rissen die im Alter von 5 und 7 Jahren lebenden Kinder der Eheleute Martens den Nachbarn aus dem Fenster zu: "Vater, Mutter und Onkel sind tot." Die Nachbarn beschäftigten sofort die in der Nähe wohnenden Schwiegereltern der Martens, die dann in die Wohnung drangen. Gleich hinter der Wohnungstür stand nun Otto Martens in einer Blutlache liegen. In der angrenzenden Küche lagen bis Chefarzt des Martens und Albert Martens bewußtlos auf dem Fußboden. Die Gasglocken waren geöffnet, das Paar bemerkte durch Einatmung des Gases vergiftet. Auch die beiden Kinder zeigten Merkmale von Gasvergiftung, doch erholten sie sich sehr schnell. Mit der Gerichtskommission erhielt auch der dritte Neuerwerbung am Toten. Es wurde festgestellt, daß Otto Martens infolge Verblutung sein Ende gefunden hat. Die Eheleute und ihr Schwager wurden nach Anstellung von Wiederbelebungsversuchen durch die Feuerwehrleute ins Krankenhaus befördert. Die Leiche des Otto Martens kam in die Leichenkammer des Hafensarkenbaus. Am Sonntag nachmittag hatte sich Frau Martens erholt und gab an, während ihr Mann im Hafte stand, mit ihrem Schwager die Ehe geschlossen zu haben. In der Nacht zum Sonntag ist Albert Martens in die Wohnung geflüchtet, wo er

durch seine Frau lebt, doch ihr Mann mit seinem Bruder verschwunden. Sie konnte die beiden nicht trennen. Werthe Witwe informierte darüber Albert und sagte, daß Otto tot sei. Albert und sie haben dann beschlossen, durch Gasvergiftung gemeinsam in den Tod zu gehen.

Ederföhr. Ein prinzlicher Kleiderhausrat. Dem Arbeiters- und Soldatenrat wurde die Meldung, daß der Prinz von Schleswig-Holstein auf seinem Gute Loußland eine größere Anzahl Anzüge, Füllzeug und sonstige Bekleidungsgegenstände verloren habe. Eine dort vorgenommene Untersuchung batte folgendes Ergebnis. Es fanden sich in einem entlegenen Teile des Schlosses in einem dumpfigen Kellerloch vermauert u. a.: 8 Anzüge, 6 Paar Schuhe, 3 große Ballen Lettner, Taschen und Körbe mit Silberlöffeln. Dadurch, daß diese Sachen eingemauert waren, hat der Eigentümer zu erkennen gegeben, daß er sie nicht braucht. Die Untersuchungskommission hat die Kleidungsstücke beschlagnahmt, um sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen und vor dem Verderben in der Mauer zu bewahren. — Während ein großer Teil des arbeitenden Volkes nichts weiß, wo er die Kleidungsstücke hernehmen soll, um sich vor Kälte zu schützen, haben andere, die es sich leisten können, davon zu Gebrauch. Gut, daß die neuen Gewalten gründliche Illustriert haben.

Gerauhr. Räuber an der Arbeit. In der Nacht zum 30. November drangen drei bewaffnete Männer in die Großherzogliche Glashütte Lenzen ein, zwangen den Rentmeister und vorgehaften Revolutionskommission zur Offnung des Kassenbewohns und raubten aus diesem etwa 6000 Mark, bestehend in 100, 50, 20 und 5-Euro-Scheinen; sowie eine Anzahl Kriegsanziehende ebenfalls im Werte von mehreren tausend Mark. Die Täter sind etwa 30 Jahre alt, alle von unterschärfer Gestalt. Auf ihre Entstaltung ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Kuxhaven. Die Vorgänge in Kuxhaven. Folgendes Telegramm wurde Montag zur Aufführung der über Kuxhaven fliehenden Geflüchte an den Reichsflieger über Kuxhaven übertragen: Reichsflieger, zu Händen ehren Dr. Küster, Berlin. In der Presse wird behauptet, daß in den Hafenanlagen u. a. auch hier in Kuxhaven eine lebhafte Werbung für den Plan eingesetzt habe, unter keinen Umständen Schiffe an die Werften zu bringen, um so die Herstellung von Lebensmitteln zu hindern. Dieser Gedanke ist unwohl und nur im Interesse der Gegenteilrevolution verbreitet. Weder der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat noch der Oberste Marinerrat der Niedersachsen in Hamburg betreibt eine derartige Wühlerie für die Sabotage. Sollte sie von irgend einer Seite verübt werden, so werden wir dem auf das Jahr geprägte entgegen treten. Die Marine setzt hier wie überall ihre ganze Kraft für die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen und die ausreichende Versorgung des Landes mit Lebensmitteln aus dem In- und Auslande ein. Arbeiter- und Soldatenrat Kuxhaven.

Wirtschaftliches.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik kann als erloschen angesehen werden. Bei der Frühsicht am Montag wurde nur auf der Hedwig-Wansch-Grube gestreikt. Dort schließen von 660 Mann unter Tage 113 und von 888 über Tage 440. In allen übrigen Gruben ist die Arbeit überall aufgenommen.

Die Bergleute des Saarreviers verlangen sofortige Einführung des 8-Stundentages. Sie drohen mit Streikaustritt und wollen die Ausführung nach Ablauf von acht Stunden mit Gewalt erzwingen. Die Direktion würde sich an den saarösischen Kommandanten, der versucht, daß auf den Saargruben bezüglich der Arbeitszeit und Löhne nichts geändert werden könnte, ohne vorher die Genehmigung des saarösischen Kriegsministers einzuholen.

Neueste Nachrichten.

Entmächtigungs-Forderungen.

Hag, 2. Dezember. "Daily News" melden, daß gegenwärtig folgende Besitzungen für den von Deutschland und Österreich-Ungarn zu leidenden Schadensatz von den Alliierten gestraffen sind bzw. zur Erwürgung stehen:

1. Die Zahlung einer aus einer Reihe von Jahren vereitelter Schadensentlastung an Frankreich und Belgien in Gesamthöhe von 40 bis 55 Milliarden Mark.
2. Die zerstörten Häuser in den Städten und Dörfern in beiden Ländern müssen durch deutsche Arbeiter und mit deutschem Material wieder aufgebaut werden.
3. Die Straßen und Wege müssen neu gebaut, die Schlachtfelder gesäubert und hergerichtet und alles Material abgeliefert werden.

4. Der Schadensatz für den verüchteten Schiffstaum wird entweder so erfolgen, daß deutsche Schiffe für Handelszwecke der Alliierten fahren müssen oder daß auf deutschen Watten Segelschiffe für England und die anderen Alliierten gebaut werden.

5. Bis weitere Kriegsentlastung wird festgelegt, um den Schaden der anderen Alliierten gut zu machen.

Auslieferung alles in Deutschland vorhandenen Goldes.

Erhebung einer Abgabe von der deutschen Ruhhestenzugung durch die Alliierten.

Kontrolle der Kaiserzeugung durch die Alliierten.

6. Wiederherstellung der Zerstörungen in Italien, Serbien und anderen von den Deutschen und Österreichern besetzten Gebieten.

Generalstreik in Odessa.

Kiew, 3. Dezember. Nach Ankunft der ersten Entente-Schiffe in Odessa wurde dort der Generalstreik proklamiert. Die Arbeiterschaft verlangt von dem Vertreter der Gouverneure, dem französischen Generalkolonel Henot, die Einberufung des während der Februarherrschaft ausgewählten demokratischen Stadtrats von Odessa und die Befreiung sämtlicher politischer Straftüger. Auch längere Verhandlungen zwischen Henot und der Arbeiterschaft wurde der Arbeiterrat des gewählten Stadtrats einberufen. Zehntausend politische Gefangene wurden bereits freigesetzt. Weitere Verhandlungen sollen nach Durchsetzung der Gerichtsakten beginnen.

Berantwortlich für die Ruhhest "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kowitz, für den gefallenen Krieger: Jakob Stellin, Verleger: Th. Schwerz, Dr. Friedr. Meyer & Co. Sammler in Lübeck.

finden durch den "Lübecker Volksboten" in den Kreisen des westlichen Volkes weite Verbreitung und große Beachtung. Hier auf Erfolg rechnet, infirierte im "Lübecker Volksboten" —

— Lübecker Volksboten —

Männer und Frauen Lübecks!

Die Not der Zeit erfordert den Zusammenschluss des gesamten Bürgertums. Eine Zersplitterung wäre unheilvoll, verderblich für unser geliebtes Vaterland! Das Ziel aller ehrlichen Vaterlandsfreunde muss daher heißen:

Einigkeit des Bürgertums!

Die bisherigen Einigkeitsbemühungen für ganz Deutschland haben einen vollen Erfolg noch nicht gehabt. Die fortschrittliche Volkspartei hat sich teils mit einer neuen Gruppe zur „Deutschen demokratischen Partei“ vereinigt, teils mit der bisherigen „Nationalliberalen Partei“ zusammengetroffen.

„Deutschen Volkspartei“.

Eine Einigung dieser beiden Parteien zu einer einzigen großen Volkspartei soll und wird herbeigeführt werden!

Was erwartet die „Deutsche Volkspartei“?

Die „Deutsche Volkspartei“ stellt sich auf den Boden der demokratischen republikanischen Staatsform mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für beide Geschlechter.

Die „Deutsche Volkspartei“ hält an der Reichseinheit als unverzichtbaren Pfleger jedes Fortschritts fest.

Die „Deutsche Volkspartei“ will durch den Umbau der sozialen Gesetzgebung, durch ausreichende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen die Lebensbedingungen schaffen, unter denen das Volk glücklich werden kann.

Die „Deutsche Volkspartei“ will die Erhaltung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und Rechtsgewalt des Einzelnen als Grundlage eines Wohlstandes und der Kultur, die Freude aller Schaffenden an ihren Werken schüren und damit wahrhaft schöpfen: „Dem Täglichsten freie Fahrt!“

Die „Deutsche Volkspartei“ tritt ein für die Erhaltung des freien Bauerns auf einer Scholle, für die Stärkung des Bauernstandes durch großzügige Schaffung neuer ausreichender Siedlungen.

Die „Deutsche Volkspartei“ will neue Kreditorganisationen schaffen zur Wiederherstellung und Stärkung des durch den Krieg zerstörten Mittelstandes.

Die „Deutsche Volkspartei“ will eine Vereinheitlichung des Verkehrsweises: Reichsstraßenbahnen, Reichswasserstraßen, die tatkräftige Unterstützung des Kleinwohnungsbaues und der Heimstätten.

Die „Deutsche Volkspartei“ will Freiheit für Wort und Schrift, Verein und Versammlung.

Die „Deutsche Volkspartei“ wünscht der Frau weiten Spielraum im öffentlichen Leben und die von ihr angestrebte Gleichberechtigung.

Zur Errichtung dieser Ziele erstrebt die „Deutsche Volkspartei“, unter Ablehnung jeder Diktatur, Ruhe und Ordnung im Innern; sie will schleunige Einberufung einer verfassung- und gesetzgebenden Röverschaft!

Männer und Frauen, alle, die ihr solchen Zielen zustreben, die ihr die Einigkeit des Bürgertums wünschen, seine Zersplitterung verhindern wollen, die ihr auf der Grundlage von Ruhe und Ordnung, von Recht und Freiheit ein neues Deutschland wollen, in dem sich die Persönlichkeit zum Segen der Allgemeinheit frei entfalten kann, Handel und Wandel nicht in Ketten gesetzten werden, neues, blühendes Leben eine glückliche Zukunft verbürgen soll, schickt euch der

„Deutschen Volkspartei“

an, die zur Einigkeit, zum geschlossenen tatkräftigen Handeln des gesamten Bürgertums führt! Niemand darf zurücktreten, alle sind verpflichtet mitzuhalten. Darum Männer und Frauen, kommt alle am Freitag, dem 6. Dezember, in die Gründungsversammlung der „Deutschen Volkspartei“ am Freitag, dem 6. Dezember.

1918, abends 8 Uhr, im „Karmarsaal“ des Stadttheaters.

Der vorbereitende Ausschuss: Sekretär W. Boer, Kaufmann E. Voie, Ingenieur G. W. A. Glog, Amtsrat Dr. Gebhard, Schornsteinfegermeister F. Förster, Kaufmann Moritz Schiemann, Kaufmann H. Borkamp, Ober-Ingenieur H. Waldegans.

6312



Der Arbeiter muss ein selbständiges Recht wieder erlangen, er braucht das allgemeine direkte Wahlrecht

Ferdinand Lassalle
1862

Tonhalle

Telephon 8930. Schmiedestraße 20.

Der Grossfilm der Stunde.

Heute persönlich von Berlin geholt.

Ferdinand Lassalle

Des Volkstribunen Glück und Ende

1 Vorspiel und 6 Akte.

Ein Kampf um Liebe, Vaterland u. Freiheit.

Der Film ist ganz und ohne Ausschnitte censiert und daher voll in Handlung.

Kein politischer Schriftsteller

hat sich selbst durch sein Wirken ein bleibendes Denkmal gesetzt, hat tiefere Spuren in dem politischen Leben hinterlassen, dem er mit der ganzen Liebe eines an inneren und äußeren Gaben überreichen Menschen, mit der hinreißenden Tatkraft eines Genies gedient hat, als Ferdinand Lassalle. 54 Jahre sind vergangen, seit Ferdinand Lassalle den letzten Atemzug tat, aber das deutsche Volk hat die Erbschaft zu würdigen gewußt, die er ihm hinterließ. Heute, da ein ganzes Reich in seinen Tagen lebt, erkennen wir mehr denn je, was wir dem Manne zu danken haben, der mit seinem ganzen Sein für die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft gelebt, gekämpft und — gelitten hat. Wenn Sie sich über die Grundidee der augenblicklichen Bewegung orientieren wollen, wenn Sie einen Einblick in die sozialen Verhältnisse einer Zeit, die nunmehr über ein halbes Jahrhundert zurückliegt, haben wollen, kurz, wenn Sie der augenblicklichen Zeit Rechnung tragen wollen, müssen Sie sich diesen Film unbedingt ansehen.

In der Hauptrolle:

Erich Kaiser-Titz

Erstaufführung heute, Dienstag, den 3. Dezember nachmittags 4 Uhr.

Wir bitten dringend, die Nachmittagsvorstellungen zu bevorzugen, da abends ein ungeheurener Andrang zu erwarten ist.

Es werden nur abgeschlossene Vorstellungen veranstaltet. Deshalb wird gebeten, zu den angegebenen Aufführungsteiten (4 Uhr, 6.30 und 8.30) zu erscheinen. Der außergewöhnlich großen Kosten wegen sind die Eintrittspreise erhöht. (6318)

Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 4. Dezember
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

Die innere politische Lage.

Wahlen, Verschiedenes.

Aufnahme neuer Mitglieder.

Ein reger Besuch ist unabdinglich erforderlich.

Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

6220 Dienstag, den 3. Dezember

Abends 7 Uhr

Das Höllisch Gold.

Der Ring des Polykrates.

12. Vorstellung im Dienstag-

Abonnement.

Mittwoch, den 4. Dezember

Der Schönfer.

Dienstag, den 5. Dezember

Frühlings Erwachen

Freitag, den 8. Dezember:

Tiefland.

Wettkampf mit dem Tode.

In der Konferenz der neuen deutschen Freistaaten hat Eisner gesagt, es käme nicht darauf an, ob wir sozialistieren, sondern ob wir die nächsten Monate lebend überstehen.

Das Problem ist hier klar gestellt. Wir haben nicht genug Lebensmittel. Nach den Angaben der einen reichen sie etwas länger als nach denen der andern; aber es steht ganz fest, daß wir nicht bis zur nächsten Ernte gelangen können. Selbst wenn die Transportverhältnisse einigermaßen normal bleiben. Unsere Rohstoffe reichen dazu, die Produktion noch auf sechs Wochen fortzusetzen. Indem man die Erzeugung auf ein Viertel ihrer Leistungsfähigkeit künstlich herunterdrückt, wird man die Rohstoffe auf drei Monate strecken. Dann ist es auch damit zu Ende.

Zu Ostern ist alles vorbei. Haben wir bis dahin nicht Hilfe vom Ausland erlangt, dann sind wir im Wettkampf zwischen uns und dem Tod unterlegen. Auch bis dahin brauchen wir noch Kohle für die Industrie und das Transportwesen, brauchen eine regelmäßige Ablieferung der Lebensmittel durch das Land.

Gelingt es nicht, all das zu organisieren und in Ordnung zu halten, dann sind wir schon lange vor Ostern am Ende. Dann löst sich Deutschland in Hungers und Notart auf, und die sofort eindrückenden Feinde erscheinen dann noch als Retter. Sie bringen der jungen deutschen Freiheit dann den Tod. Sie bereiten uns die letzte Schmach, daß wir unsfähig waren, selbst unser Geschick zu leiten, aber sie errettet uns wenigstens vor dem einfachen Auslöschung unserer Existenz.

So steht unser Wettkampf mit dem Tode.

Die Sozialisierung der gesamten Produktion ändert daran nicht das mindeste. Der Betrieb, den wir in öffentliches Eigentum übernehmen, hat deswegen nicht ein Gramm Rohstoff mehr. Und versuchen wir, die oberschlesischen Bergwerke zu enteignen, so belämen wir aus ihnen auch nicht das Viertel der früheren Produktion, das wir jetzt noch bekommen. Auch wer die Sozialisierung in ihrer unmittelbaren Wirkung für den Volkswohlstand sehr hoch einschätzt, darf sich der Einsicht nicht verschließen, daß sie die augenblickliche Notlage nicht aus der Welt schaffen kann.

In dieser Situation haben wir nur ein Mittel, uns wieder und immer wieder an die Entente mit dem Ruf um Hilfe zu wenden. Sie muß wenigstens den Neutralen die Freiheit geben, daß diese uns schicken, was sie entbehren können. Nahrungsmittel und Rohstoffe zu bekommen und zu dem Zweck so rasch wie möglich Frieden zu schließen und alles aufs äußerste zu beschleunigen, was dem Frieden dient, das ist für alle denkenden Menschen die gegebene Politik in dieser Stunde, die einzige Rettung in schwerster Not.

Aber die Anhänger des Spartacusclubs wollen es anders. Die Hamburger „Rote Fahne“ proklamiert den revolutionären Krieg gegen die Entente. Deutschland müsse im Bunde mit den Bolschewiki das Zentrum der revolutionären Bewegung werden: „Freilich macht sich damit auch Deutschland für den internationalen Kapitalismus, für den vereinigten Antiholzhewismus zum strategischen Punkt. Auf Deutschland wird der Hauptangriff erfolgen. In Deutschland wird die Weltrevolution verteidigt werden.“ Genau so erklärt die Stuttgarter „Rote Fahne“, wir dürfen nicht wie gebannt einzeln und allein auf die Lebensmittelnot, auf die zynischen Drohungen Wilsons blicken. Die Arbeiterschaft müsse alles, auf die entscheidende Karte sehen, die entweder uns Vernichtung bringt oder aber die Ausbreitung der Revolution über ganz Europa“.

Selbst die Ausbreitung der Revolution würde uns vor dem Untergang nicht retten. Sie müßte schon Amerika mit erfassen. Darauf zu spekulieren, ist nicht mehr Babanquespiel, sondern einfach Wahnsinn und Selbstmord. Es genügt nicht, daß Regierung und Volksmehrheit sich für

den Weg der Vernunft entscheiden, sie müssen auch die Kraft haben, dafür einzutreten, daß uns niemand im Beschreiten dieser Bahn aufhält oder stört. Andernfalls ist uns der Untergang sicher.

Nur klare Einsicht und feste Tatkräft kann uns retten. Das arbeitende Volk hat die denkbare schlimmste Erfahrung angetreten. Es muß jetzt ein politisches Meisterstück vollbringen, oder es erleidet einen Rückschlag um Jahrzehnte.

Um dieses Meisterstück fertigzustellen ist die erste Bedingung, daß es allgemeine Wahlen durchsetzt. Das ist jetzt geschehen. Die Wahl zur Nationalversammlung ist auf Sonntag, den 16. Februar 1919 festgesetzt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldaterräte Deutschlands, die am 16. Dezember 1918 in Berlin zusammentritt. In dieser Zustimmung ist nicht zu zweifeln.

Der Wahltermin wird daher bestehen bleiben. Das wird endlich diejenige Verhüting schaffen, die unbedingt nötig ist. Am 16. Februar wird das gesamte deutsche Volk, Männer und Frauen, an die Urnen treten und in geheimer direkter Abstimmung sein künftiges Schicksal selbst bestimmen. Es wird sich eine Regierung schaffen, an deren Gesichtkeit dann auch der böswilligste Ententist nicht mehr zweifeln kann.

Die Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, muß herbei. Nur sie kann den Frieden schließen, denn nur mit ihr wird die Entente einen Vertrag eingehen. Frieden aber bedeutet Brot, und die Sicherheit der künftigen Ernährung bedeutet wachsende Ordnung im Innern und dasjenige Maß von Arbeit, das bei dem Mangel an Rohstoffen möglich ist. Bedeutet die Aussicht, daß das deutsche Volk in seiner Masse wenigstens das körperliche Sein rettet, nachdem so vieles andere, Unerreichbare durch die Schuld der bisher herrschenden Klassen verloren gegangen ist.

Bis dahin aber muß gearbeitet werden. Von jedem und jeder. Mit Anspannung aller Kräfte. In Selbstzucht und Selbstdisziplin, in Einordnung und selbstgewählter Unterordnung. Der Wirrwarr, der augenblicklich noch herrscht, muß besiegt werden. Der Anarchie, die stellenweise eingerissen, muß gesteuert werden. Von jedem und jeder.

Nur wenn wir alle Kraft, alle Einsicht, alle Vernunft und allen Willen zusammenreihen, hat das deutsche Volk Aussicht, die Errungenheiten der Revolution zu retten und im Wettkampf mit dem Tode nicht zu unterliegen.

Beratung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 2. Dezember.

Beginn 6.15 Uhr.

Wortführer Dimpker.

Die freie Vereinigung der Kriegsbeschädigten im Kreisstaat Lübeck hat ihre Gingabe betr. Auszahlung eines Dreiviertel-Gehalts zurückgezogen.

1. Antrag: Auflösung der Neuwahl für die ausgeschiedenen Senatsmitglieder, wird in zweiter Bezug angenommen.

2. Antrag: Bewilligung von 30 000 Mark an den Soldatenrat.

Aug. Wape ist der Meinung, diese militärischen Lasten müßten vom Reiche getragen werden. Redner streift weiter die Ausführungen des Soldaten Richter im Hansatheater.

Vom Senatsausschluß wird erklärt, dem Soldatenrat ständen zurzeit keine anderen Mittel zur Verfügung.

Stellung betont, Richter habe im Hansatheater nur seine persönliche Aussicht vorgetragen. Vorstandsmitglied sei er nicht, habe aber wie jeder Soldat das Recht, seine Meinung zu äußern. Aug. Wape fordert wenigstens eine Kontrolle für die bewilligten Mittel.

Nach weiterer Debatte, in der Aug. Wape das Wort „Vorschlagsweise“ beantragt und wieder zurückzieht und in der er seiner Behauptung, die Wahlen zum Soldatenrat seien zum Teil etwas improvisiert vorgenommen, wird der Senatsantrag angenommen.

Die Räuber.

Roman von Hermann Wagner.

66. Fortsetzung.

Der Untersuchungsrichter spielte nachdenklich mit einem Blatt. „Reisner behauptet, daß Sie der Geschädigte seien,“ lagte er nach einer Weile. „Ich möchte Sie fragen, woher es kommt, daß Sie sich seiner so lebhaft annehmen?“

Behrens lächelte. „Lebhaft? Das kann man wohl nicht gut sagen.“

„Nun: doch annehmen...“ Behrens hielt den Beamten eine Weile mit seinem Blick fest, drang in sein Innerstes ein, ließ sich dort nieder und war nicht mehr daraus zu vertreiben. „Warum, Herr Untersuchungsrichter? Dafür gibt es einen einfachen Grund: den der Menschlichkeit... Würden Sie jemandem, von dem Sie wissen, daß er krank ist, die Hilfe verweigern?“

Der Untersuchungsrichter schwieg. Er stützte den Kopf mit beiden Händen und dachte nach. Es war klar, daß er Behrens durchschautte. Über nicht minder klar war, daß der Fall nicht so schwer lag, wie es amfangs den Anschein gemacht hatte. Welchen Entschluß würde er fassen?

Lucie zitterte an ihrem Taschentuch. Jeder Nerv zitterte in ihr. Welche Stunde! Und plötzlich schoß sie auf, denn der Untersuchungsrichter hatte auf den Knopf einer elektrischen Glocke gedrückt. Das Signal durchschnitt scharf das Zimmer nebenan.

„Führen Sie den Untersuchungsgefangenen Reisner vor,“ sagte der Beamte zu dem eintrtenden Diener.

Lucie kloppte das Herz. Sie sah zu Behrens hinüber, als suchte sie bei diesem Hilfe. Doch Behrens bemerkte sie nicht. Er hatte den Kopf gesenkt und schien im Nachdenken vergründen.

Von Minuten verstrichen. Lucie seufzte und betupfte immer wieder ihre Stirn. Der Untersuchungsrichter musterte sie verschlossen. Sie empfand sein Interesse wie ein indistinctes Beleben.

Endlich ging die Tür auf. Von einem Beamten geleitet erschien Reisner. Er sah verfallen aus, seine Lippen waren schmal und blaß, seine Augen hatten keinen Glanz. Lucie schien es, als seien seine Haare, seitdem sie ihn nicht mehr gesehen hatte, weiß geworden.

Sie stand auf und ging ihm zögernd entgegen. „Hermann!“ Erst jetzt bemerkte er sie. Er erschrak. Und als sie ihn umfaßte und den Kopf an seine Brust drückte, spürte er ein Wanken in seinen Knochen und mußte, um nicht zu fallen, sich der Lehne eines Stuhles greifen.

„Herr Reisner, bitte, setzen Sie sich,“ sagte der Untersuchungsrichter freundlich. „Ich möchte Sie... Ihre Sache befragen.“

„Ich gehörte nie von dir. Er lag zu Boden. Noch immer lächelt er die heilende Sprache für den Resten.“

2. Antrag: Bewilligung von Mt. 15000 an den Rat der vereinigten Berufe.

3. Antrag: Nachbewilligung für die Ober Schulbehörde.

4. Antrag: Übernahme von Ruhegehalten früherer Lehrkräfte der Ernestinenschule auf staatliche Mittel.

5. Antrag: Erhöhung der Kurtaxe in Travemünde.

6. Antrag: Kriegszuschlag zu der Abgabe für die Militärfahrt in Travemünde.

7. Antrag: Haushaltsvorlage, bet. den Elbe-Trave-Kanal für das Reisenjahr 1919. Werden ohne Debatte angenommen.

8. Antrag: Mittel zur Erhöhung der Familienunterstützung.

Stellung gibt den Kommissionsbericht. Die Kommission habe die Aufgabe gehabt, zu prüfen, wie am besten den Kriegsrauen geholfen werden könne. Da habe die Finanzfrage eine wichtige Rolle gespielt. Seinem Antrag habe man entgegengestellt, er erfordere eine monatliche Viehauflage von 240 000 Mt. Es wurde nun vorgebracht, die erhöhte Unreinigung vom 1. Dezember ab zu zählen. Statt der ursprünglichen 500 000 Mt. müßten 150 000 Mt. aufgeworfen werden, doch hoffe man bei der schnellen Demobilisierung und baldigen Rückkehr der Gefangenen nicht die ganze Summe anzubringen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

9. Antrag: Bürgerliches Wahlrecht.

Senator Dr. Goers geht auf die Vorgezogene der Vorlage ein und betont, daß der Senat bei Einbringung der Vorlage von dem Besitzbereich bereit gewesen sei, eine baldige Erledigung der Angelegenheit würde die bisher hier bewährte Ruhe weiter aufrechterhalten. In dieser Ausfassung sei er durch die Tatsache verstärkt worden.

Stellung hätte gewünscht, die Vorlage wäre viel früher gekommen, ohne daß es erst des Blutvergiebens und der Umwälzung bedurfte hätte. Ein neues Deutschland müsse man reinen Wahnschaffen, dem Willen des Volkes entsprechen und die Newmänner zu den gezeigten Körperschaften so rasch wie möglich vornehmen. Das liege auch im Interesse der Bürgerschaft und der gesamten Gesetzgebung. Redner schlägt vor, die Wahlen am Anfang Februar 1919 vorzunehmen. Der Termin sei nicht zu früh. Mecklenburg-Schwerin habe die Wahlen für Dezember in Aussicht genommen. Die häufige Legislaturperiode müsse durch eine Jährige erweitert und der viel zu große Bürgerschaftsapparat von 120 auf 80 Mitglieder herabgesetzt werden. Redner bietet, seinen Abänderungsanträgen zu folgen, damit Lücken zu freien Zuständen gelange, unter denen sich jeder wohl fühlen werde.

Dr. Wittenau hätte die Vorlage ebenfalls früher gewünscht, doch während des Krieges habe man hierzu keine Zeit gehabt. Unsere Kommissionen hatten natürlich schneller arbeiten müssen. Redner geht dann auf die Wirkungsweise der Kriegsgegner ein, die jetzt schon zur Verhüting ihres Volkes betonen müßten, daß Deutschland nichts gleichende werde. Daraus ergäbe sich eine jahrelange Sklavenarbeit für das deutsche Volk. Wir hätten draußen längere auszuhalten und warten sollen, bis England die Kohlen ausgingen. Im übrigen lege der Senator in der letzten Zeit die Gedanken außerordentlich verständig. Richtig sei es nicht, wenn die Einzelstaaten vom Reich Vorschriften über ihre Wahlen ertheilen. Es würde sich freuen, wenn die Lust zwischen den deutschen Volksmassen verschwinden. Heute sei die Lust wieder da, und zwar hauptsächlich durch den bedauernswerten Kriegsmischer, den die alte Regierung nicht zu bekämpfen die Macht hatte. Richtig sei der Stuttgarter Soldatenrat vorgegangen, der Zurückhalter von Lebensmitteln zum Zweck der Friedensregierung mit dem Tode bestrafte. Gemeinjam sollen bei den zukünftigen Wahlen die Weisen herausgesucht werden, die das Beste für die Gelanthheit wollen. Mitte Februar sind jährlinge und städtische seien nicht mehr angebracht. Leute von 40 Jahren sollte man einen größeren Einsatz gewähren, ebenso Wäldern mit großer Kinderzahl und den Kämpfern an der Front. Halbwichtige Einnehmung der Bürgerschaftsmitglieder müßte bei der ersten Wahl einsetzen; empfehlenswert wäre eine Kommissionsberatung.

Stellung lehnt es ab, auf die politischen Ausschüttungen Dr. Wittenaus einzugehen. Ebenso auch auf die Schuldfrage, besonders aber, daß gerade die Obere Verwaltung es gewesen sei, die möglichst baldigen Friedensschluß gefordert habe. Es wäre ein Wahnmittlendergleichen gewesen, bei dieser militärischen Lage weiteres Blut zu vergießen. Auch hier in diesem Staate habe man vor nicht langer Zeit einem Frieden der Vergangenheit widerstrebti. Das wiederochige Verlangen antretet nun einem ge-

„Herr Reisner, hören Sie mich an,“ wandte sich der Untersuchungsrichter an ihn. „Bleiben Sie dabei, jene Bürgerschaftserklärung mit dem Namen der Frau von Marisch unterzeichnet zu haben?“

Reisner starrte ausdruckslos vor sich hin. Er hatte Mühe, den Sinn der Frage zu erfassen. Wie kam man überhaupt dazu, ihn nochmals zu fragen? Seine Augen wanderten durch den Raum, als suchten sie die Lösung dieses Rätsels. Und plötzlich trafen sie mit denen des Behrens zusammen.

Die beiden sahen sich eine Weile stumm an. Es waren kaum drei Sekunden und es blieb doch eine Ewigkeit. Reisner wußte mit einemmal Bescheid. Ein heftiges Zittern besetzte ihn, und sein Kopf fiel nach vorne.

Der Untersuchungsrichter wiederholte seine Frage in scharfem Ton.

Reisner nickte matt. „Ja,“ sagte er mechanisch.

Lucie bekam einen Weinbrand.

„Ich bitte um Ruhe,“ vernahm sie der Untersuchungsrichter. Und sich an Reisner wendend, fuhr er fort: „Gut, Sie geben das zu. Jetzt möchte ich Sie noch fragen: glauben Sie irgend ein Recht zu haben, das zu tun?“

Reisner horchte auf. Ein Recht? Warum fragte man ihn das? Und ganz jäh stieg ein blutroter Zorn in ihm hoch. Dieselbe, der ihn geküßt hatte, als die Frau, die sich jahrelang an ihn gehängt hatte, als die Frau, die sich jahrelang an ihm gehängt hatte, plötzlich zur Herrinnen an ihm geworden war.

Reisner zuckte wild mit den Armen. „Manche Rechte,“ rief er heiser, „ja, manche Rechte...“ Aber mit einem Male fiel ihm ein, daß seine Frau angegeben war, und er wurde bestot und verschluckte den Rest seines Wortes.

„Und würden Sie jenes Dokument nicht unterschrieben haben, wenn Sie diese vermeintlichen Rechte nicht besessen hätten?“

Reisner wurde wieder von dem dunklen Zorn gepackt. „Nein,“ rief er heftig aus, „nein!“

Ein heiteres Lachen ging über dem Zimmer. Behrens hatte sich nicht mehr gerührt. Lucie sah mit geschlossenen Augen halb abwinkend auf ihrem Stuhl.

Der Untersuchungsrichter stand plötzlich auf. Er schellte nach dem Schriftführer. „Gut, wir wollen protokollieren.“

Er diktierte die Aussagen des Behrens und den Inhalt der Erklärung der Frau von Marisch, des denn Alten eingesetzte wurde. Reisner hätte zu und alles erzählen ihm wie ein Traum.

„Ich bitte zu unterzeichnen,“ wandte sich der Untersuchungsrichter an Behrens.

Das zweite Protokoll enthielt die Aussagen Reisners, der geschickt unterschrieben.

„Der Fall ist noch keineswegs klar oder erledigt,“ sagte der Untersuchungsrichter zu ihm. „Ihr Gesundnis, daß Sie das Dokument mit dem Namen der Frau von Marisch unterschrieben haben, ist bestreitbar.“

Das wird erst die Einvernahme der Frau von Marisch erweisen. Aber da sich niemand als geschädigt erklärt und da Sie, der Sie sich selbst beschuldigt haben, nicht aufschwärzt sind, steht dem nichts im Wege, daß ich Sie aus der Untersuchungshaft entlasse...“

Herr Schriftführer, protokollieren Sie! Da gegen den Beschuldigten ein Fluchtverdacht nicht vorliegt und da die Untersuchung außerdem Momente ergeben hat, die die Tat des Beschuldigten in einem milderen Lichte erscheinen lassen, wurde die über ihn verhängte Untersuchungshaft wieder aufgehoben.“

Die Amtsinhaber des Beamen milderete sich ein wenig. Er machte Reisner ein Zeichen. „Sie können gehen. Sie sind frei.“

„Wie?“ fragte Reisner abwehrend.

Da sprang er Lucies Hand auf seiner Schulter. „Komm,“ sagte Lucie leise, „komm.“

Er stieg die vielen Treppen wie betrunken hinunter. Das grelle Tageslicht draußen blendete ihn. Er griff sich an die Augen. „Ich verstehe noch nicht, was ist geschehen?“

Sie zog ihren Arm unter den seinen und winkte: auch Behrens. „Komm,“ wiederhol

rechten Freiheit fand keinen Boden. Dann erklärte Reuter, dass Wahlrecht einführbar auch in den anderen deutschen Bundesstaaten als allgemeine Wahlrecht eingeführt werden. Herr Dr. Wittern stellte eine Kandidatenrede für die Nationalversammlung gehalten zu haben; man wisse aber nicht, für wen. Das Beste für die Gesamtheit habe seine Partei hier stets gewollt, sei aber sehr oft bekämpft worden. Die Bedenken gegen das uneingeschränkte Wahlrecht seien nicht mehr zeitgemäß. Es sei höchstens zu beweisen, dass die Schule bei der Erziehung zu staatsbürgerschen Pflichten vieles versäumt habe. Damit die Volksstimme bald zum Ausdruck komme, sollte man von einer Kommissionsberatung abschauen und schnell arbeiten, denn

Das Stadtvorstand läuft nicht zurück sich stellen.
Denn vorwärts drängt der Zeiger ohne Rast,
Und als das Volkswert wird und muss zerstören,

Sie im Lande glaubt nicht, dass Dr. Wittern mit seinen Aussführungen der Allgemeinheit einen Dienst erwiesen hat. Jetzt müsse man zu neuer Arbeit schreiten und nicht alte Wunden aufreissen. Der Senat sei früher in Bezug auf das Wahlrecht anderer Ansicht gewesen, er habe sicher der Zeit zu weit Rechnung getragen und sich nicht nur von vernünftigen Erwägungen leiten lassen. Richtig sei es nicht, 20jährigen Mädchen das Wahlrecht zu geben, die sozusagen noch Kinder seien. Dadurch werde gerade ein Mehrkundentrecht geschaffen, das man nicht wolle, denn die Töchter würden sicher wie der Vater stimmen. Man müsse erfordern dadurch die Arbeiten der Bürgerschaft wie das ganze politische Leben.

Kommissionsberatung wird abgelehnt, die Vorlage mit den Abänderungsvorschlägen Stellings angenommen.

II. Antrag: Erlass eines Gesetzes betr. die Verwaltung des Stadttheaters nebst Saalbau und der Stadthalle.

Wöhlert geht auf die Frage: Geschäfts- oder Kulturtheater ein und redet den letzten das Wort. Unser Theater habe in den letzten 10 Jahren manches Gute getan, wenn auch nicht alles ideal gewesen sei. Die Pächter müssten beim jetzigen Vertrag eben auch darauf sehen, etwas für sich herauszuschlagen und dadurch laufen Kunst, Künstler und Publikum nicht zu ihrem Recht. Das Repertoire müsse unter solchen Umständen auf den Geistigkeit des Publikums zu viel Rücksicht nehmen, obwohl das Theater nur ein Dom des Guten, Wahren und Schönen sein sollte. Ein Stadtttheater brauche finanziell weniger Rücksicht zu nehmen, weshalb dieser Gedanke gefordert und im Auge behalten werden sollte.

Senator Dr. Vermehren glaubt nach den Ergebnissen der bisherigen Theaterrichter, dass man sich bei dem Dualismus ganz gut gefasst habe. Ein reines Kulturtheater fordere Hunderttausende von Mark als Aufwand.

Zug. Böse glaubt, die Verstaatlichung des Theaters werde nach der Erneuerung der Bürgerschaft so wie so bald kommen, bis dahin solle man sich gedulden.

Nach weiterer Debatte wird die Senatsvorlage mit Abänderungen angenommen.

Es folgt die Besprechung über den, dem Bürgerausschuss von der Bürgerschaft zur näheren Erwähnung überwiesenen und nicht unverändert Fassung an den Senat gebrachten Antrag von Dr. Wittern, betreffend Erlass gesetzlicher Bestimmungen zur Gewährung und Erhaltung von billigem Grund und Boden für Wohn- und industrielle Zwecke.

Glaßau macht Einwendungen gegen die Vorlage, die Härten in sich sättige und Schädigungen sowohl für Private als auch Behörden mit sich bringe. Das Eigentum des Bürgers muss unbedingt geschützt werden.

Dr. Wittern zweifelt daran, ob Herr Glaßau die Vorlage richtig begriffen habe. Der Antrag liege im Interesse der Bevölkerung und werde sich in der jeweiligen Zeit noch weiter entwickeln. Der Antrag wird genehmigt.

Die Eingabe der Vereinigung der selbständigen Schneider und Schneiderinnen in Lübeck, betreffend Aufteilung von Nähgarn u. a. wird zu den Ältern genommen.

In den Bürgerausschuss werden gewählt: Heise Hoff, Zug. Böse, Scharr, Schiemann, Wandt, G. Ehlers, R. Schäfer, H. Eichendorf, Stelling, Klein, Kruse, Voit, Schröder, Dr. Menger-Luerssen.

Sitzung 9 Uhr.

Aus der Sitzung des Partei-Ausschusses

Es soll folgendes nachgezogen: Genöss. Müller vom Parteidienst gab eine Erklärung der Berliner Vorgänge während der Revolutionszeit und der sich später entwickele Dinge. Die

Erklärung endete mit dem Versprechen zu späteren schwierigen Zeiten die Wahlhelfer der Partei nicht einzutreten. Verteidigt: Schmiedeberg, Lübeck, Lüneburg, Mecklenburg und Sohn-Dittmann. Der Redner führt schließlich die Gründe vor, aus denen die baldige Einberufung der Konstituante eine vorliegende Notwendigkeit ist. Unsere Aufgabe ist es, die Bewerbsungen zu den Wahlen der Konstituante sofort in die Hand zu nehmen. Besondere Aufmerksamkeit muss den Bewerbungskreisen bei der Agitation gewidmet werden, die zum ersten Male Stimmenzettel in die Hand bekommen werden.

Eher: Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionskomitee stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge es war, dass wir die Leitung der Regierung in die Hände bekamen. Unter diesen Umständen nahmen wir Führung mit den Unabhängigen wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Erst am Sonntag kam es zu einer Bevölkerung. Das muss festgestellt werden, weil die Dinge ähnlich so dargestellt werden, als hätten die Unabhängigen die Revolution gemacht und hätten uns erst nachgezogen. Nun sind Bestrebungen im Gange, eine Regierung Haase-Liebknecht einzuspielen und die Vertreter unserer Partei aus der Regierung hinauszudrängen. So hat der Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat einen Beschluss gefasst, der diese Forderung erhebt. Demgegenüber stellt die Regierung durchaus auf den Standpunkt der Abmachung mit den Unabhängigen, nach der die Präsentation der in der Regierung eintretenden Personen lediglich Sache jeder der beiden Parteien ist. Unsere Partei wird es nicht dulden, dass ihr bei der Wahl ihrer Vertreter aus der Regierung hinausgedrängt werden.

In diesen Stimmen haben wir heute in einer Kabinettssitzung gegen die Neuerung der Münchener Räte eine Entscheidung herbeizuführen gesucht. Für diese Entscheidung war leider der Unabhängigen zu haben. Wir werden uns mit den Kollegen, deren Unterschieden aus der Regierung in der Münchener Entscheidung gefordert wird, solidarisch erklären.

Die Kompetenzen der Regierung und des Wahlzugsausschusses sind nunmehr endgültig abgegrenzt. Leider fehlt es aber auch jetzt noch nicht an Fällen, in denen die Ausschüsse in die Regierung hineintratieren. Das muss unbedingt aufspüren, denn es erschwert der Regierung die Arbeit ungewisser. Die Situation ist so ernst, dass sie nur gemeinsam werden kann, wenn der Reichstag die Evolution überlassen wird. Nur dann kann die Initiative und Energie entfalten, ohne die eine Rettung unseres Landes nicht möglich ist!

Die Berichte der Vertreter aus den einzelnen Bezirken laufen übereinstimmend dahin, dass im Augenblick überall große Schwierigkeiten bestehen. Lübeck-Breslau berichtet: Der in Breslau bestehende Volksrat, dem 66 Sozialdemokraten und 34 Liberale angehören, wird dieser Tage ein Ultimatum mit 48-stündiger Frist an die deutsche Regierung gelangen lassen, das die Einberufung der Konstituante und die sofortige Auflösung der Wahlberäte verlangt. Sollte die Regierung darauf nicht eingehen, dann würde sich Schlesien gegen das übrige Preußen wirtschaftlich und politisch abstoßen. Da augenscheinlich Mittel- und Norddeutschland in der Hauptstadt keine Angst aus Schlesien bezichtigt, würde das schwere Verlegenheit für die Kohlenversorgung bedeuten. — Dr. Braun-Nürnberg übt an der politischen und verwaltungstechnischen Tätigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner scharfe Kritik. Eisner lässt es zu, dass von München aus ein paar Unabhängigkeitspartei das Land terrorisieren. Das Wahlrecht, das man in Bayern für den Zentraltagungsort der U. und S.-Räte geschaffen hat, ist schlechter als das prächtige Dreihäuserwahlrecht jenseits Angedachten. Eisner gibt sich Einflussreichen und leicht Veratoren sein Ohr, die eine schwere Gefahr für die ganz Weiberentwicklung der Dinge bedeuten.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache wird wiederholt betont, dass es unbedingt notwendig und für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens Voraussetzung sei, dass die Fabriken in Gang erhalten würden, dass sie die Arbeiter der bestehenden Wirtschaftsorganisationen fügen, die sie jetzt von Streiks absehen und so die wirtschaftliche Gründung des Deutschen Reiches herbeiführen helfen. Ein Vertreter aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenter wird sich gegen die Streikverüchte in Rheinland-Westfalen werden nicht gestreift. Wenn die Produktion anfabrik erheblich zurückgegangen sei, so liege das an Umständen teils technischer Natur, teils in den Personalverhältnissen. Zahlreiche Gefangene befinden sich der Arbeit aus. Unter den vielen politischen Arbeitern besteht eine gewisse Götting. In der Hauptstadt ist aber der Rückgang der Förderziffer dadurch herbeigeführt, dass der herrschende Lebensmittelmarkt die Leistungsfähigkeit der Fabriken herabgesetzt hat. Auch die meisten Einrichtungen funktionieren aus Gründen, die mit dem Kriege zusammenhängen, nicht anstrengend mehr so, wie früher.

Reissner lehnt sich in den Stuhl zurück und presst die Hände gegen die Stirne. Es war zufolge, was da mit einem Male auf ihn einstieg, er konnte es nicht ordnen. „Aber meine — Sache ...“ sagte er.

Behrens wehrte kurz ab. „Lassen Sie das. Kümmern Sie sich nicht darum. Es sind Sachen eingeleitet, die die Außenmedien verhindern werden. Vergessen Sie sich nicht.“

Er sprach kurz, heftig und sinnlich und fand den Ton, in dem Reissner einfach ertrank. Er berichtete alles mit wortigen Wörtern und hatte es damit auch schon erledigt. Reissners Füllschung, die seine eigentliche Füllschung war, Reissners Vermögenslage, die keineswegs so verzweigt ausstieß und die zu ordnen er auf sich nahm, und Reissners Flucht, die allen Bedürfnissen einen Schnell und starken Flug vorschob.

„Wollen Sie?“ fragte Behrens sühliglich kategorisch. „Wollen Sie oder wollen Sie nicht?“

Reissner hatte das sühle Gefühl eines Genesenden, von einer kalten Hand gegeben zu werden. „Wenn Sie glauben ...“

„Gut, Sie wollen. Damit ist die Sache erledigt. Legen Sie sich fest nieder, denn Sie sind müde. Schlafen Sie. Morgen rufen Sie dann mit Frau und Kind nach Holland. Abgemacht!“ Er trat auf Reissner zu. „Und jetzt geben Sie mir Ihre Hand! Wir sind doch Freunde.“

„So,“ sagte Reissner und empfing den Druck der fremden Hand über im Schläfe.

„Leben Sie wohl,“ sagte Behrens, „und werden Sie endlich schlafen!“

Reissner fielen die Augen zu. Er hörte noch das Wort „glücklich“. Es umhüllte ihn wie eine Blume. Aber dann schloss er funkelnd ein, das erste Mal seit vielen Tagen. —

Behrens stand Eins in ihrem Zimmer. Sie war gefragt und meinte es fertig, zu lachen. „Hier liegt ein Zug in Ihrem Bett, möglicherweise Sie doch oft, ein Zug der Süßigkeit, die es lernen wollte, ihn zu verbrengen.“

Er gab ihr die Hand. „Ich bin jetzt Süß.“ sagte er, „ich kann gehen.“

„Ihr Bett ist vor einer kleinen Blume übergeschwemmt. „Herr, was kann ich dir alles,“ sagte sie toll. „Ich kann nie mehr froh werden, wenn ich davon denke.“

„Was?“ fragte er verwundert. „Hast du das Gefühl mit etwas zu spielen? Oh, das wäre natürlich. Wäre es ja, dann hätte du nie geglaubt, dass ich dich habe.“

Sie lagen einander gegenüber. „Es ist ein letztes Mal, für lange Zeit.“ sagte Behrens. „Wirst du es mich verzeihen?“

„Sag,“ er war froh, wenn es wenig, doch es war gut, der Krieg zu Ende sei. „Willst du es werden?“

„Sag,“ er war froh, wenn es wenig, doch es war gut, der Krieg zu Ende sei. „Willst du es werden?“

Aus Nah und Fern.

Urtage gegen den Kaiser. Die Witwe Bräuer im Pariser erhebt gegen den ehemaligen Kaiser Anklage wegen Entmündung ihres Gatten, der bei der Torpedierung der „Sussex“ sein Leben verloren hat.

Plünderungen. In St. Malo erfüllte der Böbel das Proviantamt und die Infanteriekaserne, plünderte und legte Feuer an beide Gebäude, die niedergebrannten. Die französischen Besatzungsstruppen wurden zur Hilfe gerufen, die das Raubgesindel vertilgt, wobei vier Personen getötet wurden. Weitere Plünderungen und Brandstiftungen erfolgten in Toulon sowie in Halgeringen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Lübecker Beamtenrat.

Bor etwa vierzehn Tagen, als der Frühlingsturm einer neuen Zeit wehte, reichten sich allerlei Kräfte mit Trost und Mut zum Durchbruch. Alle Elemente mit einem Willen haben viel erreicht auf dem Wege zu ihrem Ziel. — Den Beispiele der Demokratie folgend, die sich augenblicklich nur in der Sozialdemokratie als nachahmungswertes Vorbild darbietet, haben sich die Einzelkörper eines wesenlosen bürgerlichen Gebrauchs zu selbstständigen Vereinigungen zusammengefasst, um die ihnen bislang vorenthaltenen Rechte zu erlangen. Wir haben hier im lübeckischen Straßengebiet außer dem U- und S-Rat den „Rat der vereinigten Berufe“, einen Rat der Postbeamten und einen Bauernrat, ist im Entstehen. Alle unter den U- und S-Rat zur Mitarbeit an. Warum hört man noch nichts vom Lübecker Beamtenrat? Die Staatsbeamtenchaft soll zwar vor etwa zwei Wochen zwangsgründung eines eigenen Rats eine Versammlung gehabt haben, aber man hört seitdem nichts mehr vom Rat und von täglichen Taten. Die Staatsbeamten haben oft mit ihrem Wahlkreis-Kreis getrieben; die letzten Bürgerschaftswahlen haben es bewiesen. „Auf den Aktiven“ der Beamtenchaft ist manches Lendennahme, farblose Bürgervarianten in den lübeckischen Arcopas gehäuft. In den bürgerlichen Wohlbetrieben vertrieben lokale Stimmenführer alle Süßigkeiten aus Schaffraffia stopfen hinterher aber dem dienststellenlosen Mohren Kieselsteine zwischen die Zähne. Es hat den Anschein, als ob die bewährte Einheitsmethoden vom Bürgertum bei der Beamtenhaft auch jetzt wieder mit Erfolg angewendet werden wird, denn mit homogenen Redensarten wird man im Rat der vereinigten Berufe sicher nicht sparen. Es scheint gelungen zu sein, denn unter dem Aufzug des Koalitionsrates tragen im holden Rat mit Beamtenfreunden auch mehrere Namen aus der Staatsbeamtenchaft. Wenn die Beamtenhaft des lübeckischen Staates etwas erreichen will, für nun und für alle Zukunft, so möge sie sich nach links orientieren. Ihr Heil liegt darin, dass sie ihren eigenen Rat bildet, der im engen Anschluss an die Linke Beamtenrechte und Beamtenpflichten in das richtige Gleichgewicht bringt.

Zur Frage der Lehrerbefestigung.

In einem Eingesandt der Sonntagsblätter Ihres Blattes wird über die mangelhafte Lehrerbefestigung im Oldenburgischen gesagt.

Wie steht es denn hier in Lübeck?

Die Oberhauptbehörde stellt Hilfslehrkräfte mit — sage und schreibe — „tausend“ Mark an. Nur einige Tage noch wurde auch jetzt wieder mit Erfolg angewendet werden wird, denn mit homogenen Redensarten wird man im Rat der vereinigten Berufe sicher nicht sparen. Es scheint gelungen zu sein, denn unter dem Aufzug des Koalitionsrates tragen im holden Rat mit Beamtenfreunden auch mehrere Namen aus der Staatsbeamtenhaft. Wenn die Beamtenhaft des lübeckischen Staates etwas erreichen will, für nun und für alle Zukunft, so möge sie sich nach links orientieren. Ihr Heil liegt darin, dass sie ihren eigenen Rat bildet, der im engen Anschluss an die Linke Beamtenrechte und Beamtenpflichten in das richtige Gleichgewicht bringt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Nachruf.

Nach langem schweren Leiden starb unser lieber Kollege im Genesungsheim Reinfeld, der Satiriker

Richard Zeitz.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Lübeck, den 3. Dezember 1918. (6322)

Die Arbeiterschaft des Drägerwerks Lübeck.

GROSSE INVENTAR-VERSTEIGERUNG in Travemünde (Prival). Donnerstag, den 5. Dezember, vorm. 10 Uhr

werde im Fliegerheim auf dem Prival in Travemünde nachfolgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert, als:

ca. 22 Schlafzimmer in gelb lasiert.

Es werden Zimmer mit 2 Betten, sowie auch solche mit einem Bett verkaufen. Ferner: Steile, schöne gelbe Schränke, vorzüglich passend für Kontor- und Aktenschranken. In den Zimmern sind enthalten jedesmal:

Starke, eiserne zerlegbare Bettschalen mit Auflegematten, 1-2 oder 1 steiliger Schrank, 1 Waschkommode mit oder ohne Spiegel, 1 Tisch mit oder ohne Einlegeplatte, sowie Nachtschränke und 50 Stück große Militärschädel. Auch werden viele dieser Sachen einzeln verkaufen.

R. Bruhn, vom Polizeiamt angestellter und beauftragter Versteigerer.

Adresse: Fischstraße 36. Zeitpunkt: 977.

Versteigerung: 2 Stunden vor Beginn.

Planchen auf dem Ringplatz strengstens untersagt. 6317

Herrn und folgende Tage

Magie meiner werten Kunstschaft dient mir bestens, das ich

empfehle

wieder eröffnet habe. (6311)

fettes Fleisch.

Herrn und folgende Tage

Hochedelungsvoll

Joh. Lücker,

Friedenstraße 42. (6312)

Bekanntmachung.

Um wiederholte vorgekommenen Missbrächen von Ausweis-
trägern zum Zwecke der Haussuchung vorzubeugen, wird nach-
stehend folgendes veröffentlicht:

Für die Durchsuchung ist vom Arbeiter- und
Soldatenrat eine Durchsuchungskommission gebildet worden, die aus
sechs Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates und einem
Kriminalbeamten des Polizeiamtes besteht.

Diese Beamten führen einen Ausweis nach untenstehendem
Muster. Alle übrigen Ausweise verlieren mit dem heutigen Tage
ihre Gültigkeit.

Lübeck, den 2. Dezember 1918. (6307)

Der Polizeiherr: Für das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrates:
ges. Dienau, Dr. ges. Reithfeldt, Fäster, Mehrlein.

Ausweis.

Inhaber dieses ist als Durchsuchungsbeamter beim
Arbeiter- und Soldatenrat, und ist revision- und
beauftragungsberechtigt.

Der Polizeiherr: Für das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrates:
.....

Bekanntmachung.

1. Um bei den Pferdeversteigerungen zukünftig Ungerechtig-
keiten zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß von den Ver-
steigerungen arbeitsfähiger Pferde Händler unbedingt ausgeschlossen
bleiben müssen. Die Verkaufskommissionen sind ange-
wiesen, hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten.

2. Allen übrigen Personen, welche Pferde zur Aufnahme ihres
Berufes notwendig kaufen müssen, wird dringend empfohlen, sich
bei den zuständigen Zivilbehörden sogenannte "Pferdefarben" zu
besorgen. Die Inhaber dieser Pferdefarben sollen bei den öffentlichen
Verkäufen von Militärpferden in erster Linie berücksichtigt
werden.

3. Bis zur erfolgten Verteilung der Pferdefarben werden Ver-
käufe von Militärpferden nach Möglichkeit beschränkt werden.

4. Die Zivilbehörden werden darauf aufmerksam gemacht,
daß Pferdeversteigerungen nur in den Demobilisierungsorten der
Truppen stattfinden können. Es wird erucht durch öffentliche
Bekanntmachungen auf diesen Umland hinzuweisen, damit die
Händler aus entfernten Kreisen usw. sich zu den Versteigerungen
in den Demobilisierungsorten einfinden.

5. Wenn Pferdefarben verschriftlicht auf Kreise usw. ausge-
teilt sind, in denen Versteigerungen nicht stattfinden, so soll dies
feinen Grund bieten, die Inhaber solcher Karten von Versteige-
rungen in anderen Kreisen zurückzuweisen.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat.
(Fünferausschuß.)



Pferde-Versteigerung

der überzähligen arbeitsverwendungsfähigen Pferde des
Inf.-Regts. „Lübeck“ (3. Hanf.) Nr. 162 am Freitag den
6. 12. 18. 9 Uhr vorm. auf dem Kasernenhofe Mari.

Es kommen zum Verkauf:

3 Kleivserde
80 schw. Zugpferde
100 h. Zugpferde
daranter Trazeure (Panjes)
6 Esel.

Jeder Interessent muß sich bei Beginn der Versteigerung durch
einen Personalausweis seiner Zivilbehörde (Landwirtschafts-,
Handelskammer, Gemeindevorsteher) ausweisen, in dem vermerkt
ist, wieviel Pferde er erwerben darf. Ausweisen von Pferde-
händlern und von Persönlichkeiten ohne Ausweis ist verboten.
Bei Beginn der Versteigerung haben die Interessenten die Ver-
steigerungsordnung (nach dem Demobilisierungssplan und den
Zulassungsverfügungen der Arbeiter- und Soldatenräte) schriftlich an-
zuwerten.

6325 Sofortige Zahlung, gegebenenfalls Zahlung durch Kriegs-
anzleihe.

Kommando des Infanterie-Regiments „Lübeck“
(3. Hanf.) Nr. 162.

H. d. S. R. J. U. d. R. R.
Sieckhoff Stavenhagen
Zentralleiter Major.

Meldescheine der Stadttafel.

Die Gültigkeit der Meldescheine der Stadttafel vom
4. Oktober 1918 mit dem Aufdruck „Gültig bis 30. November 1918“
ist bis zum 1. Februar 1919 verlängert worden. Demnach
gilt alles Lübecker Notgeld mindestens bis zum 1. Februar 1919.

Lübeck, den 2. Dezember 1918. (6296)

Die Finanzbehörde.

Die Einquartierungsbehörde ist von heute ab auch unter
Nr. 276 zu das Fernsprechamt angeschlossen.

Lübeck, den 30. November 1918. (6315)

Die Steuerbehörde, Abteilung für das Einquartierungswesen.

In der Provinz Lübeck sind folgende

Arbeitsnachweise

richtet:
Gutin, Stolbergstraße 2,
Reitner, M. u. S.,
Plauergeselle Stender.

Ahrensböck, Lübecker Straße 149,
Kaufmann Vanaghoff,
Arbeiter Dörmeler.

Schwartau, Lübecker Straße 10,
Gothorff, Orlbrecht,
Arbeiter Heine.

Stockelsdorf, Ahrensbücker Straße 2,
Gothorff, Orlbrecht,
Arbeiter Jacobson.

Die Arbeitgeber werden dringend gebeten, ungeachtet ihrer
Siedlung im Arbeitskreis dem nächstliegenden Arbeitsnachweis
anzumelden.

Gutin, den 30. November 1918.

Der Landesvorstand.

Plauersiedl.

Bekanntmachung

über Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom
24. April 1918 ist für ganz Nordwestdeutschland eine Preis-
kommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Er-
zeugerpreise, sowie gemäß § 7 Absatz 2 der Verordnung vom
3. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und
Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Kommission werben auf
Anordnung der Reichsstelle für das lübeckische Staatsgebiet fol-
gende Erzeuger, Groß- und Kleinhandels höchstpreise, mit Gültig-
keit vom 4. Dezember 1918, festgelegt:

	I. Er- zeuger- preis bei Sto- reng- ver- träge	II. Er- zeuger- preis	Gruppe A	Gruppe B
			Groß- han- dels- preis	Klein- han- dels- preis
1. Spinat jegli- cher Art.		25	30 Pf.	40 Pf.
2. Mangold	10	15	20	15
3. Kohlrabi ohne Kraut	9	12	16	11
4. Zwiebeln ohne Laub*)	16	15½	22	30
5. Futterrunkel- rüben, einachl Gummiege- bühr bis 15. Dez. v. 6. Dez. ab		1,95	5	7
6. Wasser- Zwiebeln oder Stopfzwe- beln, sowie Turnip- rüben einschl Gummiege- bühr, 14. Dez. v. 16. Dez. ab		2,10	5	7
7. Kl. Spie- zrüben nach märkisch. Art in ein Durch- mess. v. nicht über 1½ cm		1,95	4½	7
8. Edle kleine Teltower Rüben		2,10	4½	7
9. Rötenkohl, grünlückig			8½	6
10. Blumenkohl a. außergeschickte feste Ware, marktmäßig genutzt			8½	6
b. abfallende Ware			50	65
11. Porree, Blatt zur Hälfte be- schmutzt			30	34
12. Selleriekno- len ohne Kraut u. Wur- zeln, sowie gut genutzt			30	40
13. Selleriefrau			30	40
14. Petersiliens- wurzeln mit Kraut			20	24
15. Meerrettich a. wenn 100 Stangen mehr als 50 Pfund wie- gen			40	45
b. wenn 100 Stangen mehr als 35 Pfund wie- gen			30	36
c. wenn 100 Stangen weniger als 55 Pfund wie- gen			20	25
16. Kartäpfel u. Kartälbuben			44	55
17. Witzelkäp- sel u. -buren			15	22
18. Rote Beete			6½	11
19. Kohlrüb. gelbe (Steckrüb.) einfach. Un- fahrräume bis 15. Dez. v. 16. Dez. ab		3,45	2,70	5½
20. Kohlrüb. weiße bis 15. Dez. v. 16. Dez. ab		3,60	2,65	5½
21. Weisse Möhren			2,20	2,20
22. Gelbe Spargel- möhren ohne Kraut			2,85	4½
23. Rot-Möh- ren u. läng- liche Karot- ten ohne Kraut			8½	5½
24. Kleine runde Ka- rotten ohne Kraut			5½	9
25. Weißkohl bis 15. Dez.			5½	7½
26. Dauer- Weißkohl ab 16. Dez.			6	8½
27. Dauer- Kohl			10	9½
28. Dauer- Wirsingkohl			9½	13
29. Grün- kohl*) ohne Strunk			8½	8

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze lübeckische Staats-
gebiet, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A für die
Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und
Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Nur dem Erzeuger, der Lieferungsverträge, die
von der Reichsstelle für Gemüse und Obst geschlossen
sind, abgeschlossen hat, stehen die unter I verordneten
höheren Erzeugerpreise auf Grund § 5 der Lieferungs-
verträge zu.

Die sämtlichen früher veröffentlichten Höchstpreise sind auf-
gehoben.

Lübeck, den 30. November 1918. (6308)

Landesstelle für Gemüse und Obst.

* Für Zwiebeln versteht sich der Preis für lose Verladung,
bei Verladungen in Säcken erhöht sich der Erzeuger- und Groß-
handelspreis um 8 Pf.

** Laut Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und
Obst, Berlin, vom 16. November 1918 ist der Absatz von Dauer-
kohl und Grünkohl seitens der Erzeuger bis zum 15. De-
zember 1918 verboten.

Bekanntmachung betreffend die Ausgabe der Lebensmittelkartenhe- fte, Fleischkarten, Brodkartenhefte, Fischkarten- hefte und Seifenkarten.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes, betreffend
die Ausgabe von Ausweisen zum Bezug von Lebensmitteln, vom
14. April 1918 wird hiermit angeordnet:

Für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, ferner für
Israelsdorf, Gothmund, Vorwerk und Krempelsdorf werden
die neuen Lebensmittelkartenhefte, Fleischkarten, Fischkartenhefte
und Seifenkarten zusammen mit den Brodkarten an den unten
angegebenen Tagen und Aufgabestellen von vormittags 9 bis 1,
und nachmittags von 3 bis 6 Uhr ausgegeben.

Abholungszeiten:

	Alt St. Lorenz	Für St. Lorenz
Vorstadt St. Jürgen und St. Gertrud	in der Börse (Gin- gang vom Markt).	in der Börse (Gin- gang vom Markt).
Mittwoch, 4. Dez.: Bezirk 1–7	56 und 59	57
Donnerstag, 5. Dez.: Bez. 8–18	67 und 70	58
Freitag, 6. Dez.: Bez. 14–19	71 und 72	60
Sonnabend, 7. Dez.: Bez. 20–25	78 und 74	61 und 62
Montag, 9. Dez.: Bez. 26–31	78 bis 77	63
Dienstag, 10. Dez.: Bez. 32–37	78 und 79	64
Mittwoch, 11. Dez.: Bez. 38–44	80 bis 82	65
Donnerstag, 12. Dez.: Bez. 45–50	83 und 84	66
Freitag, 13. Dez.: Bez. 51–55	85 und 87	67 und 69
und Bezirk 86		

Die Bezirksnummer ist auf dem gelben „Ausweis zum Be-
zug von Lebensmitteln“ (rechts oben) angegeben. Dieser Aus-
weis ist bei der Abholung vorzulegen; ohne Vorlage dieses Aus-
weises erfolgt die Aushändigung der Lebensmittelkartenhefte nicht.
Kinder unter 12 Jahren dürfen mit der Abholung nicht beauftragt
werden.

Bei verspäteter Abholung der Lebensmittelkartenhefte usw.
wird eine Gebühr von 50 Pf. für die Person erhoben.
Um einzelnen ist zu beachten:

I. Lebensmittelkartenhefte.

Jedes Lebensmittelkartenheft trägt oben rechts die Bezirks-
nummer.

Name und Wohnung des Inhabers sind alsbald nach Emp-
fanngnahme des Hefts durch den Haushaltungsvorstand in die
dafür vorgesehene Stelle auf dem Umschlag einzutragen.

Hefts, auf denen die aufgestempelte Bezirksnummer oder
der Name und die Wohnung des Inhabers nicht angegeben
sind, dürfen zur Wareneinnahme nicht benutzt und von den
Kleinhandlern nicht beliefert werden.

Die Anmeldung des Bezugsgerechtes für Butter und sonstige
Speisefette, Zucker, Mühlensäfte, Aufstrichmittel und
Kaffee-Ersatz hat bei einem zugelassenen Kleinhandler in der
Zeit vom 11. bis 16. Dezember 1918 zu erfolgen.

Die Anmeldung darf nicht erfolgen, wenn die Hefts nicht auf
dem Umschlag handschriftlich mit Namen und Wohnung des
Inhabers sowie mit der aufgestempelten Bezirksnummer versehen
sind, für die Behand

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Sie kaufen bei uns
Seide und Stoffe
zur Winterkleidung in
hochwertiger Ware
sehr preiswert



Moderne Blusen-Seiden einfarbig, kariert und gestreift	Meter 38.50 bis	15.00 und 12.50
Elegante Seidensstoffe für Kleider und Kostüme	Meter 75.00 bis	40.50 und 29.75
Vornehme Seiden-Baftste 110 cm breit, hell u. dunkelfarbig, in entzück. Ausmusterung, Meter 32.00		27.50 und 26.00
Farbige Schweizer Mulle in großer, schöner Musterauswahl	Meter 24.50 bis	16.50 und 14.50
Astrachan- und Seiden-Plüsche, Winterstoffe für Kostüme, Kleider und Blusen, baumwollene Schürzenstoffe, Flanelle und Barchente		

Unsere grosse
und
schönwerte

Spielwarenausstellung

bietet in 2 Stockwerken Spielwaren für Kinder u. Mädchen
sehr billig!

Männer und Frauen Lübecks!

Tretet der deutschen demokratischen Partei bei.
Anmeldungen: Geschäftsstelle Breite Strasse 13, I.

Landesvorstand.

Gutin, den 29. November 1918.

Unter Aufhebung der diesseitigen Bekanntmachung vom 26. September d. J. wird auf Grund der Reichsgesetzordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 unter Bezugnahme auf die Anordnungen über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs im Fürstentum Lübeck vom 8. August d. J. folgendes bestimmt:

1. Vom 2. Dezember d. J. an dürfen für den Kopf der verbrauchsberechtigten Bevölkerung und Woche höchstens 2200 Gramm Brot oder 1100 Gramm Zwieback (Weizenbrot und Zwieback nur gegen Krankengeldkarten) oder 17000 Gramm großes Roggengehl oder 16000 Gramm gemischtes Mehl verausgabt werden.
 2. Vom 2. Dezember d. J. an dürfen nur Backwaren in folgenden Arten und Gewichten hergestellt werden:
- a) Schwarzbrot im Gewichte von 2200 Gramm.
 - b) Feinbrot in einer Mischung von 70% Weizenmehl und 30% Roggengehl im Gewichte von 1100 Gramm und 2200 Gramm.
 - c) Mit besonderer Genehmigung des Landesvorstandes reines Weizenbrot und Zwieback als Krankengebäck. 1) reines Weizenbrot im Gewichte von 1100 Gramm und 2200 Gramm. 2) geröstetes Zwieback, der nur nach Gewicht verkauft werden darf.
 - d) Kuchen, die nicht mehr als 10 Gewichtsteile Weizen- oder Roggengehl und mindestens 10 Gewichtsteile Zucker enthalten.
 - e) Vom 2. Dezember d. J. an sind die Höchstpreise für Brot wie folgt festgesetzt:
- | | |
|---|------------|
| a) für ein Schwarzbrot im Gewichte von 2200 Gramm | 1.05 Mk. |
| b) Feinbrot | 1.10 - .58 |
| c) 2200 | 1.15 |
| d) Weizenbrot (Krankengebäck) | 1.10 - .90 |
| e) Zwieback (Krankengebäck) | 2.200 1.80 |
| f) 600 | 1.60 |

Sämtliche Verkaufsstellen von Backwaren haben die Preise und das Gewicht der Backwaren während der Verkaufszeit durch einen von ihnen sichtbaren Ansäule am Verkaufslokal zur Kenntnis der Käufer zu bringen. In der Verkaufsstelle ist eine Waage mit vorschreisfähigen Gewichten für die Käufer zum Nachwiegen zu halten.

Der diesen Anordnungen zuwiderhandelt, wird nach § 30 der Reichsgesetzordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Mahlstedt.

Die Landwirte, die Gefangene beschärften, werden dringend gebeten, die nach der Entlassung nötigen Arbeitskräfte schon jetzt den Arbeitsnachweisen anzumelden.

Gutin, den 30. November 1918.

Landesvorstand.

Mahlstedt.

Allgemeine Dienstanträge Lübed.

Nach der Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht und Verförderungsbefreiung in der Landesversicherung vom 22. November 1918 — Reichsgesetzblatt Nr. 159 — werden vom 2. Dezember 1918 ab auch

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Handberuf bildet.
2. Handlungsgesellinnen und Gesellen in Apotheken.
3. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,
4. Lehrer und Lehrerinnen,
5. Sämtler auf deutscher See Fahrzeuge, soweit sie nicht unter die §§ 225 bis 228 des Handelsregisterbuchs fallen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

Weil der regelmäßige Jahresbeitragsbereich mehr als 2500 Mark, aber nicht mehr als 5000 Mark beträgt, gegen Krankheit nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung versichert.

Die Herren Abgeordneten haben hierauf die Anmeldungen dieser Personen bis spätestens 10. Dezember 1918 bei der Kasse zu bewilligen.

Es las auch diejenigen beschäftigten Personen anzumelden, welche sich freiwillig weiterversichert haben.

(629)

Der Vorstand.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten.

6291 Oberstraße 12 I.

Gebaut vor einem Jahr ein

möbliertes Zimmer zum 15. d.

W. Dienten zur wöchentlichen

Bezahlung unter 5.100 zu-

bezahlen. (6296)

Teppichwagen zu verkaufen.

6294 Ronnsdorfer Allee 119.

Bettwagen aus Samt-Zaiche, enthaltend

Portemonee mit Gabot- und

rohkarfe Lübeck-Großmutter,

mit dem Namen Zeit verliehen

Bitte abg. Schmiedekraft. 25.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

V. u. A.
mit Bezirksführer

Donnerstag, den 5. Dezember
abends 8 Uhr

Sitzung
im Gewerkschaftshause.
Wichtigste Tagesordnung.

Sozialdemokrat. Verein
f. Stockelsdorf u. Umg.

Nachruf.

Am Sonntag, dem 1. De-
zember 1918, entstieß nach
langem Leiden unsere Ge-
noßin

Emma Gröning
im Alter von 44 Jahren.

Wir werden derselben ein
ehrendes Andenken be-
wahren.

Die Beerdigung findet am

Mittwoch 1½ Uhr statt.

6238) Der Vorstand.

Verband der Fabrik-
arbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

District Stockelsdorf.

Am 1. Dez. 1918 starb
unser Mitglied, die Kollegin

Emma Gröning.

Wir werden derselben ein
ehrendes Andenken be-
wahren.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, dem 4. De-
zember 1918, nachmittags
1½ Uhr, vor der Kapelle
des Vorwerker Friedhofes
statt.

6224) Die Distriktsleitung.

Am Donnerstag entstieß
plötzlich und unerwartet im
Vorort mein lieber Mann,
mein lieber Vater, mein
lieber Sohn und Schwager,
der Pioneer

Wilhelm Schlüting

Joh. d. Kreuzes 2. St.
im 41. Lebensjahr.

Er betrieb u. schmerz-
lich vertrug von den Seinen.

Marie Schlüting

geb. Niemann

nebst Kindern und allen

Enkelkindern.

2. St. d. 1. Dez. 1912.

Beerdigung findet in Koll-
berg statt.

(6268)



Schönwerte
Spielwaren-
Ausstellung
im 3. Stock.

Reizende Geschenke
für den Weihnachtstisch
in Glas * Porzellan
und Luxuswaren
führen wir in großer Auswahl
zu möglichen Preisen.

Rudolph Karstadt

Kommunist-Gesellschaft

Lübeck.

Deutsche demokratische Partei Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 3. Dezember 1918

abends 7½ Uhr

im Marmorsaal des Stadttheaters.

Konstituierung der Partei.

Redner: Dr. Götz.

(6301)

Vertreten ein grüner Kinder-
hut von Hansatheater bis
Wielandstr. 2. ehr. K. w. geb.
den abzug. Wielandstr. 6. (6326)

Haltbare
Hosenträger
weiche Kragen
zum Selbstwaschen

Krawatten
Papier-Wäsche

Aug. Janensch

6300 Sandstraße 6.

Johs. Tollgreve, Gold-
Königstraße 92.
Moderne Schmucksachen

Träuringe
In verschiedenen Preislagen.
Gravierung gratis. (6293)

Obere Böttcher-Geschäft
dauernd wieder geöffnet (6285)

W. Niemann, Adlerstr. 43.

(6294)

Lichte

auf Marken noch vorräufig.

Drogerie Schultz

6269) Lübeck, Domstr. 92.

Johannisstraße 46.